

Der Tabak-Verkäufer

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Insereate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltenen Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 43.

Sonntag, den 23. Oktober.

1910.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder!

Das Anwachsen der Arbeiterbewegung auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete, das seit dem Nachlassen der Krise in ganz Deutschland in so machtvoller Erscheinung tritt, liegt dem Unternehmertum und den reaktionären Parteien im Reiche arg auf den Nerven.

In dieser Situation erscheinen den Scharmachern und der Regierung die Unruhen in Moabit geeignet, Wasser auf ihre reaktionären Mühlen zu leiten.

Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchttausgeetze gegen die Gewerkschaften! so heulen die bezahlten Scharmacherorgane von der Post bis zur Rheinisch-Westfälischen Zeitung, von den Hamburger Nachrichten bis zur Norddeutschen Allgemeinen, die jedem Reichskanzler ihr „Stück weißes Papier“ gesinnungslos zur Verfügung stellen.

Die Vorgänge in Moabit sind bekannt. Infolge Parteinahme der Polizei für die Streikbrecher und den Unternehmer gegen streikende Lohnarbeiter, entstanden gelegentlich der durch berittene Polizisten geschützten Kohlentransporte Ansammlungen, bei denen der großstädtische Janhagel, der sonst bei Paraden und dergleichen jöhlt, gemeinsam mit einer Anzahl halbwüchsiger Jungen Mß und Rabau machte. Die bekannte Art, in der die Berliner Polizei bei solchen Anlässen eingreift, indem sie förmliche Hejagden gegen friedliche Zuschauer oder ruhig ihres Weges gehende Arbeiter und Bürger veranstaltet, erbitterte die ganze Bevölkerung der betreffenden Stadtgegend, und forderte sie förmlich zu Demonstrationen gegen die Polizeiwillkür heraus. Die Polizei trieb es so arg, daß dieselbe Presse, die erst nicht genug tun konnte in Verhimmelungen der Polizei und Schmähung des „Pöbels und Janhagels“, jetzt Tag für Tag von Verurteilungen, Beamtinnen, Arbeitern, Vertretern der Presse, Klagen veröffentlichten muß über unglaubliche Ausschreitungen der Schulkinder in Uniform und Zivil.

Trotz alledem lügen die Scharmacherorgane: In Moabit handelte es sich um den „Anfang der Revolution“, die „Unruhen waren von den organisierten Arbeitern vorbereitet“. Die Berichte der Polizei selber konstatierten gleich in den ersten Tagen das Gegenteil! „Die sozialistische Jugendorganisation hat ihre Leute zu den Krawallen kommandiert!“ usw. Eine Schwindelnachricht löst die andere ab!

Man will die Bevölkerung im ganzen Reiche mit dem „roten Lappen“ graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Zwecken dienstbar und gefügig zu machen.

Den großen Unternehmern, den Zechen- und Kohlenbaronen sind starke, ruhig wachsende Gewerkschaftsorganisationen ein Grauel, weil solche sie in ihrer schrankenlosen Ausbeutung hindern; den reaktionären Parteien und ihrem Werkzeuge, der Regierung, sind starke sozialdemokratische Organisationen verhaßt, weil diese sie hindern, ihre politische Macht uneingeschränkt zur Schröpfung und Unterdrückung der breiten Volksmassen zu benutzen. Darum ihre ewige Sehnsucht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mittels Ausnahmegeetzen zu erwürgen.

Statt eines freien Wahlrechts in Preußen — Streik- und Zuchttausgeetze gegen die Arbeiter! Das droht für die nächste Zukunft!

Arbeiter! Diese nichtswürdigen Pläne müssen vereitelt werden!

In Massenversammlungen muß die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden über diese hinterlistigen Absichten der Scharmacher!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Massenaufgebot von Polizeiorganen, die angeblich dem Schutze der Streikbrecher dienen soll, die Streikenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbestrafte gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streikenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge, wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegeetzen gegen Streikende, d. h. gegen die Gewerkschaften zu begründen.

Nur eine Aenderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Krawalle wie in Moabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern gegen die Uebergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf Euch! Tut Eure Schulpflicht! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abgeschlagen werden!

Berlin, den 8. Oktober 1910.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften.

Das Zentrum in Nöten.

Wenn die in den Reihen des Zentrums sich befindenden Arbeiter die nötige politische Einsicht besäßen, dann müßten sie jetzt wahrnehmen, wie notwendig sie für den Bestand des Zentrums geworden sind und wie die Pfaffen bestrebt sind, sie deshalb in geistlicher Abhängigkeit zu halten. Kein Zug moderner Aufklärung soll sie berühren, kein Streben nach Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage soll in ihnen geweckt werden, denn das führt sie zur politischen Selbständigkeit und aus dem Banne des Zentrums heraus.

Ist diese Selbständigkeit bereits ein- und hervorgetreten, dann ist es mit der Macht des Zentrums über die Gemüter der also geweckten katholischen Arbeiter vorbei, und es bedarf nur eines günstigen Anstoßes, so treten sie zur Sozialdemokratie über. Meist vollzieht sich dieser Uebertritt zunächst in die freien Gewerkschaften, weil diese unmittelbar die wirtschaftliche Lage der Uebergetretenen wie aller ihrer Mitglieder in vielen Beziehungen fördern. Entweder wird hier das Interesse der Neugewonnenen durch das Unterstützungsweesen oder durch den direkten Kampf gegen das Ausbeutertum geweckt. Danach muß unzweifelhaft das Verständnis für die Zusammenhänge wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse erwachen.

Dies alles zu verhindern, waren die Schläuen des Zentrums bestrebt und gründeten darum die christlichen, unter der Leitung von Zentrumsagenten stehenden Gewerkschaften, deren Wesen wir bereits in unserm vorigen Leitartikel charakterisierten. Aber den Schwärzesten unter den Schwarzen dünken schon diese Gewerkschaften sozialistisches Gift. Mit zelosigem Eifer schufen sie ein Gegengewicht in den Fachabteilungen, einer ultrareaktionären Maschinenfabrik, deren Sitz Berlin ist.

Von dieser letzteren Seite aus wird nun gegen die „Neuerer“ mit einem Fanatismus gewettert, der die ärgsten Befürchtungen vor der Neuerung verrät. Zum Sprachrohr dieser Reaktionäre hat sich Kardinal Kopp, der Fürstbischof von Breslau, gemacht, der seinem Amtsbruder in Köln, dem Kardinal Fischer, in einem Briefe zum Vorwurf macht, die „Neuerer“ zu begünstigen. Es wird auch für künftige Zeiten höchst interessant sein, den Kampf im Zentrum, das ja nur durch die geistlichen Einflüsse der katholischen Pfarrer zusammengehalten wird, zu verfolgen, deshalb drucken wir den bereits veröffentlichten Teil des Briefes Kopp gegen Fischer hier ab; er lautet:

Was mir in der Vorstellung am wenigsten gefällt, sind die spitzigen Bemerkungen gegen die „Erwerbstätigen“ in Berlin. Die Erwerbstätigen in Berlin wie in Breslau habe ich von vornherein von der Verführung des Westens zu bewahren gesucht. Mir ist schon die Interkonfessionalisierung der Arbeiterbewegung viel zu viel; sie auch noch auf die Arbeiterinnen zu übertragen, würde die Verwässerung des katholischen Bewußtseins in die ganze arbeitende Masse getragen haben. Darum habe ich „die Erwerbstätigen“ als streng konfessionell verlangt; wollen sie das nicht sein, so sollen sie sich nicht mehr katholisch nennen und als solche gelten wollen. So steht es mit „den Erwerbstätigen“ in Berlin.

Wie steht es mit der gleichen Organisation im Westen? Aus reinem Opportunismus, nur um die Macht der interkonfessionellen Vereine zu vermindern, hat man die christlichen Arbeiter den Gewerkschaften zugeführt. Und wie stellt sich die Zentrale des katholischen Frauenbundes dazu? Stellt sie sich in den Dienst dieser Bestrebungen? Liebt sie die Patronage über sie aus? Das ist doch die Frage, die ja leider noch immer ungeklärt ist. Wie sehr der Frauenbund auf die Seite der interkonfessionellen Bewegung gestellt wird, haben wir erst vor kurzem in den öffentlichen Schriften gelesen. Was hat der Frauenbund getan, um sich davon zu reinigen? Die Erklärung des Frauenbundes (Zentrale) gegen die spanische Behandlung ist mehr als kläglich, geradezu ein Zugeständnis, und die alberne Empfindlichkeit soll nur die wunde Stelle verdecken, die getroffen und bloßgelegt worden ist. Und dabei verlangt man im Westen noch Vertrauen von uns? Wir wollen unsere Hände und Gewissen rein bewahren. Wir wollen an der Verklärung des katholischen Empfindens nicht teilnehmen. Wir wollen weder die Arbeiter noch die Arbeiterinnen mit Klassenhaß nähren, zum Klassen- und Machtkampf erziehen und sie der Sozialdemokratie zuführen. Rieft denn die Frau N. die öffentlichen Blätter nicht? Und hat sie nicht gelesen, was der christliche Gewerkschaftssekretär Efferk jüngst ausgeplaudert hat? Selbst den Sozialdemokraten war diese Offenherzigkeit zu weitgehend.

So liegt die Sache. Ich messe alles, was vom Westen kommt, mit diesem Maßstab und sehe immer wieder aus allen Bestrebungen den Pfandfuß durchscheinen. Ich habe noch einmal im Herbst den Versuch gemacht, wenigstens ein äußeres Zusammengehen zu ermöglichen. Alles scheitert an dem wahrhaft häretischen Fanatismus, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrscht. Der Westen braucht unser Vertrauen nicht; er ist ja stark genug, seine Bestrebungen in seinen Kreisen durchzusetzen. In den Kreisen, in denen ich die Verantwortung habe, werde ich ihn auf das äußerste fernzuhalten suchen. Vertrauen aber kann ich weder den Grundfragen noch der Taktik entgegenbringen.

Es ist großes Geschick, das hier aufgefahren wird, und der Streit hat bereits so weit geführt, daß Kardinal Fischer nach Rom zum „heiligen Vater“ reist, um sich zu rechtfertigen.

Was nämlich hier zwischen den beiden Kardinalen Kopp und Fischer sich abspielt, ist eine Teilerscheinung des Kampfes, der von Rom aus wider den Modernismus geführt wird, des Kampfes, der sich dreht um die Frage, ob die Kirche in der sich vollziehenden Umwälzung auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und geistigem Gebiete, wie dereinst im Mittelalter, ein entscheidendes oder wenigstens ein mitentscheidendes Wort zu reden hat. Die Kirche sieht, wie die neuzeitliche Entwicklung auf all diesen Gebieten ihre Herrschaft beeinträchtigt, und ihre Ansprüche, ihre Mahnungen und Verwünschungen gehen darauf aus, zu retten, was noch zu retten ist. Dabei erwächst ihr nun im Lager der eignen Anhänger mancher Widerstand insofern, als ein Teil der Klerikalen mit Zugeständnissen an den Geist der neuen Zeit der gemeinsamen Sache mehr zu dienen glaubt, als durch die Befolgung der von Rom gegebenen Anweisung, omnia iustaurare in Christo, alles in Christo, das heißt, nach den Wünschen und Interessen der Kirche zu gestalten. So haben wir im klerikalen Lager einen wirtschaftlichen, einen gesellschaftlichen, einen literarischen Modernismus, Erscheinungen, die sich erklären aus dem Bestreben fortgeschrittener Kreise, Anschluß an die neuzeitliche Entwicklung zu gewinnen. Und wir haben auch einen sozialpolitischen Modernismus, wie er in Deutschland durch die München-Gladbacher Einrichtungen und Bestrebungen verkörpert ist, wo man erkannt hat, daß gegenüber der drängenden Noth der Sozialdemokratie die katholischen Arbeiter nicht wehrlos gelassen werden dürfen, daß sie — natürlich unter klerikaler Leitung und im klerikalen Sinne — geskult und organisiert werden müssen. Dieser sozialpolitische Modernismus ist es, der die beiden Eminenzen aneinandergebracht hat.

Die Auseinandersetzungen über diese Frage datieren in Deutschland seit dem Auftreten der christlichen Gewerkschaften, die ihr Entstehen der Furcht vor der Sozialdemokratie verdanken. Zuerst gedachte man die Organisationen, in denen man die katholischen Arbeiter vor der Berührung mit ihren sozialistischen Klassengenossen behüten wollte, auf konfessionelle, rein katholische Grundlage zu stellen, bis die München-Gladbacher, die Väter des ganzen Unternehmens, die Interkonfessionalität durchsetzten, die dann auch auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften (Mainz 1899) programmatisch festgelegt wurde. Damit war aber, zumal noch dazu auf dem zweiten christlichen Gewerkschaftskongreß (Frankfurt 1900), wenigstens im Grundfah, die allgemeine, alle Arbeiter umfassende Organisation als erstrebenswertes Ziel hingestellt wurde, auch der Widerspruch der kirchlichen Autorität gegeben, die nicht dulden will, daß katholische Arbeiter dem Verkehr und dem Einfluß andersgläubiger Klassengenossen und damit der Gefahr ausgesetzt werden, am Glauben Schaden zu leiden. So kam das Fuldaer Pastorale (1900), worin die Bischöfe die christlichen Gewerkschaften verurteilten, und die katholischen Arbeiter hingen auf ihre konfessionellen Arbeitervereine, in deren Rahmen sie sich auch beruflich organisieren könnten. Es kam die Spaltung der katholischen Arbeiterbewegung in die Berliner und die München-Gladbacher Richtung, wovon die erstere die Fachabteilung, die letztere die christlichen Gewerkschaften propagiert. Und es kam der Krieg zwischen beiden Richtungen, der das Zentrum, den Episkopat und die katholischen Arbeiter sozialpolitisch in zwei Lager schied, und der namentlich von den beiderseitigen Arbeiterorganisationen mit allen Mitteln der Gehässigkeit und Gewalttätigkeit geführt wurde.

Im Episkopat sind es besonders der Bischof Kopp von Trier und der Fürstbischof Kopp von Breslau, die mit vollem Eifer für die konfessionelle Reinhaltung der katholischen Arbeiterbewegung und ihre Unterordnung unter die kirchliche Autorität eintreten. In ihren Gebieten ist die sozialdemokratische Gefahr (wie im Reiche Kopp) starke klerikalpolitische Interessen der Gründung christlicher Gewerkschaften in den Weg.

Erzbischof Fischer in Köln gehörte anfangs ebenfalls zu den Gegnern interkonfessioneller Organisationen, aber er hat sich durch die Kölner und die München-Gladbacher Zentrumsherren überzeugen lassen, daß im Westen, wo der Großkapitalismus auch der politische Gegner, und die Sozialdemokratie in immer stärkerem Vordringen begriffen ist, man den katholischen Arbeitern schon etwas andres bieten muß, als katholische Fachabteilungen, die halb Erbauungs- und halb Streikbrechervereine sind. So ist Kardinal Fischer, dieser beschränkte mittelalterliche Geist, zum „Modernisten“ geworden, da er eingesehen hat, daß ohne München-Gladbach, ohne dessen Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften, es im Westen außerhalb der rein ländlichen Bezirke kein Zentrum mehr geben würde. Und so ist die Feindschaft der beiden Eminenzen, so der Brief aus dem Osten über die „Verfälschung des Westens“ entstanden, worin Kardinal Kopp verkündet, daß er den „häretischen Fanatismus bezüglich

der sozialen Frage" mit allen Mitteln vom Osten fernhalten werde.

Im klerikalen Lager sind die christlichen Gewerkschaften, das Hauptwerk der München-Gladbacher, als ein notwendiges, als das kleinere Übel angesehen worden, durch das man ein größeres, den schnellen und allgemeinen Uebergang der katholischen Arbeiter zur Sozialdemokratie, verhüten wollte. Aber je mehr Eifer man auf die Pflege dieses kleineren Übels verwendete, desto mehr kam es der Wirkung des größeren gleich. Groß sind die Kreise im klerikalen Lager, die heute schon die München-Gladbacher Bestrebungen als gleichbedeutend mit der Erziehung zur Sozialdemokratie halten; im Organ der Berliner Richtung kann man in dieser Beziehung allwöchentlich erbauende Dinge lesen. Es ist gewiß nicht so schlimm, wie diese Schwarzzeher es malen. Aber ist das Unheil auch nicht so nahe, so ist es doch da. Ohne Zweifel arbeiten die München-Gladbacher, die gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten vermeinen, letzten Endes für die Sozialdemokratie. Sie werden die trägen Arbeiter aus ihrer Ruhe heraus und führen sie langsam, aber sicher auf den Weg und dem Ziele zu, die der stärkere Teil der Konkurrenz, die Sozialdemokratie, bestimmt. Und es kann uns nur willkommen sein, wenn sie dabei in Widerspruch mit den eignen Partei- und Glaubensgenossen geraten und so die Interessen- und Meinungsverschiedenheiten im klerikalen Lager zur Erscheinung gebracht werden.

Nun wäre es verfehlt, aus den erwähnten Vorgängen voreilige Schlüsse auf den baldigen Zerfall des Zentrums zu ziehen. München-Gladbach wird noch lange nicht abhanden — trotz Kopp und Korum, und die christlichen Gewerkschaften werden nicht von heute auf morgen auseinandergehen und ihre Mitglieder in die sozialistischen Organisationen entsenden. Nein, es gibt auch nach Windthorst noch geschickte Leute im Zentrum, die Gegenfälle, wenn auch nicht ganz, so doch zum Teil auszugleichen und der veränderten Lage gemäß auch neue Mittel und Wege zu finden wissen. Ohne unsre Agitation, ohne unsre unausgesetzte Arbeit an den durch ihre Klassenlage zu uns gehörenden Anhängern des Zentrums wird der Partei des Volkswraths und des Volksbetrugs kein Schaden zugefügt. Besiegen werden wir das Zentrum nicht, wie man den Gegner durch einen tödlichen Hieb zu Fall bringt; wir werden es aber an seinem empfindlichsten Teile, an seinen städtischen Mandaten, wo die zehnmal verrätene Arbeiterschaft den Ausschlag gibt, treffen können, wenn wir hier in der Agitation bis zur nächsten Reichstagswahl unsre Schuldigkeit tun. Und solche Schlüsse werden sich wiederholen, und es wird sich zeigen, daß weder die Taktik einer Eminenz im Osten noch die Taktik einer Eminenz im Westen das Zentrum zu retten vermag.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

X.

Von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat die Kommission bereits die meisten Bestimmungen erledigt. Auch in der Weiterberatung hielten die bürgerlichen Parteien unbedingt daran fest, alle höheren Ausgaben für die Versicherten zu vermeiden. In arge Verlegenheit kamen sie bei demjenigen Paragraphen, der das vollendete 70. Lebensjahr als den Zeitpunkt festsetzt, von dem an die Altersrente gewährt wird. Die Sozialdemokraten hatten nämlich beantragt, daß die Altersrente bereits nach vollendetem 65. Lebensjahr dem Versicherten zugestanden werden soll. Alle bürgerlichen Parteien hatten sich bei den früheren Verhandlungen für eine derartige Verbesserung der Invalidenversicherung ausgesprochen; gerade die Sozialdemokraten hatten hierauf nicht das entscheidende Gewicht gelegt. Für sie kam in erster Linie in Betracht, den Bezug der Invalidenrente zu erleichtern. Aus diesem Grunde hatten sie ja auch den Antrag eingebracht, daß die Invalidenrente demjenigen Versicherten gewährt werden soll, der die Hälfte seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Nachdem aber dieser Antrag abgelehnt worden war, und demnach auch in Zukunft erst derjenige Arbeiter Anspruch auf Invalidenrente haben wird, der noch nicht einmal ein Drittel seiner Arbeitsfähigkeit mehr besitzt, da hielten es auch die Sozialdemokraten für notwendig, wenigstens den Arbeitern über 65 Jahre den Bezug einer Rente zu erleichtern, und aus diesem Grunde haben sie diesen Rentnern den Anspruch auf die Altersrente gewähren wollen. Die Regierungsvertreter rechneten aus, daß eine derartige Verbesserung der Invalidenversicherung deren Ausgaben ganz bedeutend steigern würde, und das genügte den bürgerlichen Parteien, um im Widerspruch mit ihren bisherigen Versprechungen den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen. Dabei kam es zu einer sehr interessanten Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen und Regierungsvertretern auf der einen und den sozialdemokratischen Abgeordneten auf der andern Seite. Die Sozialdemokraten hielten den Herren vor, daß sie ja sonst, bei den Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik, gar nicht so ängstlich seien, dem arbeitenden Volke noch viel schwerere Lasten aufzuerlegen, als es bei der Verbesserung der Arbeiterversicherung geschehen sollte.

Darauf konnten natürlich die bürgerlichen Parteien keine Antwort geben. Die Antwort hierauf müssen eben die Arbeiter bei der nächsten Reichstagswahl geben. Im weiteren bemühten sich die sozialdemokratischen Vertreter, auch die Bezüge der Hinterbliebenen zu verbessern. Bekanntlich soll die Witwenrente nur denjenigen Witwen der Versicherten gewährt werden, die bereits invalid im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sind. Die Sozialdemokraten beantragten die Gewährung der Witwenrente an jede Witwe eines Versicherten. Sie wiesen darauf hin, daß durchaus nicht jede Witwe in der Lage ist, durch Erwerbsarbeit die Mittel für ihren Lebensunterhalt zu beschaffen, namentlich wenn mehrere Kinder vorhanden sind, die noch der Unterstützung bedürfen. Auch hier aber war für die bürgerlichen Parteien einzig und allein maßgebend, daß die Ausgaben für die Arbeiterversicherung nicht weiter erhöht werden können. Deshalb wurden die sozialdemokratischen Anträge sowohl auf Erhöhung der Witwenrente als auf Verbesserung der Waisenrente durchweg abgelehnt.

Wichtig waren dann die Verhandlungen über das Heilverfahren. Bekanntlich haben die Versicherungsanstalten das Recht, unter gewissen Umständen einen Versicherten in eine Heil- oder Erholungsanstalt zu schicken. Das können sie tun, wenn ein solches Heilverfahren notwendig erscheint, um eine vorhandene Invalidität des Versicherten wieder zu beseitigen, oder eine drohende Invalidität zu verhindern. Während nach dem geltenden Gesetz nur die unverheirateten Versicherten gezwungen waren, einer solchen Anweisung der Versicherungsanstalt in eine Heil- oder Erholungsanstalt Folge zu leisten, sollte dieser Zwang, in demselben Umfang, wie es bei der Krankenversicherung bereits festgesetzt ist, auch auf die verheirateten Versicherten ausgedehnt werden. Dabei ist eine ganz ungenügende Versorgung der Familie des Versicherten vorgesehen. Die Versicherungsanstalten waren nur gezwungen, das halbe Krankengeld zu gewähren. Wenn schon nach dem geltenden Gesetz die Versicherungsanstalten, obwohl dazu kein Zwang vorlag, aber auf Grund ihrer Erfahrungen von der ihnen eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht und die Familienunterstützung bis auf das Dreifache erhöht haben, so deshalb, weil sonst ein noch arbeitsfähiger Familienvater es nicht über das Herz bringen konnte, sich auf viele Wochen in eine Erholungsanstalt zu begeben und seine Familie mit der ganz ungenügenden Unterstützung im Stich zu lassen. Wenn die Versicherungsanstalten also das Heilverfahren bei verheirateten Versicherten überhaupt durchführen wollen, dann müßten sie den Familienvater durch eine höhere Rente veranlassen, der Aufforderung, sich in eine Heilanstalt zu begeben, nachzukommen. Daher verlangten die Sozialdemokraten, daß entweder der Zwang gestrichen, oder, was sie für das Bessere erklärten, die Familienunterstützung viel höher angesetzt werde. Das letztere wurde abgelehnt, daraufhin aber erreichten es die Sozialdemokraten, daß der Zwang in der Tat gestrichen wurde.

Gemeinden oder Gemeindeverbände können unter gewissen Umständen durch ihr Statut bestimmen, daß Renten bis zu zwei Dritteln nicht bar ausbezahlt, sondern in Sachen geleistet werden. Obgleich diese Bestimmung bisher sehr wenig angewendet worden ist, bestand die Regierung darauf, sie auch in die Reichsversicherungsordnung zu übernehmen, weil es doch Verhältnisse geben könnte, in denen eine derartige Unterstützung besser sei, als das bare Geld. Die Sozialdemokraten erreichten es, daß hier hinzugefügt wurde, daß die Sachleistung statt des baren Geldes nur mit Zustimmung des Berechtigten selbst zulässig ist.

Von großer Wichtigkeit sind die Bestimmungen über die Erneuerung der Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung. Der allgemeine Grundsatz für die Invalidenversicherung ist der, daß der Versicherte die Anwartschaft auf deren Leistungen verliert, wenn er innerhalb zweier Jahre weniger als 20 Wochenbeiträge entrichtet hat. Es soll aber den Versicherten möglichst erleichtert werden, den durch Verlust der Anwartschaft erlittenen Schaden wieder gutzumachen. Deshalb bestimmt das Gesetz, daß die Anwartschaft unter gewissen Umständen wieder ausbleibt. Das alte Gesetz unterschied hierbei, ob der Betreffende bereits 100 Marken als Versicherungspflichtiger geklebt hatte oder nicht. Wenn ja, dann erlangte er bei Erneuerung der Versicherung die Anwartschaft wieder, sobald er 200 Wochenbeiträge entrichtet hatte. Das neue Gesetz beabsichtigte dagegen die Aenderung, daß nur der Zwangsversicherte das Recht haben sollte, die Versicherung zu erneuern. Ein Arbeiter z. B., der als Lehrling und Geselle die Marken für die Invalidenversicherung geklebt hatte, dann aber als selbständiger Meister durch Jahre das nicht getan und dadurch seine Anwartschaft auf die Leistungen verloren hatte, der sollte in Zukunft überhaupt gar nicht berechtigt sein, die Anwartschaft neu zu erwerben, wenn er nicht etwa wieder als Lohnarbeiter arbeiten würde. Die Sozialdemokraten bekämpften dies als eine Ungerechtigkeit, denn es gibt viele Fälle, daß ein Handwerker mit vollem Recht annehmen konnte, daß er bei seinem gutgehenden Geschäft gar nicht auf die minimalen Leistungen der Invalidenversicherung angewiesen sein würde, und daß diese Handwerker später in die traurigsten Verhältnisse gelangen und dann genau so der Invaliden-Altersrenten bedürftig sind wie die Lohnarbeiter. Darum verlangten die Sozialdemokraten die Möglichkeit für den selbständigen Kleinunternehmer die Anwartschaft von neuem zu erwerben. Die Regierungsvertreter bekämpften diesen Vorschlag sehr entschieden, weil öfter gewisse Kleinmeister absichtlich viele Jahre hindurch keine Invalidenversicherungsbeiträge entrichteten hätten und erst im späteren Alter, wenn sie für die nächste Zukunft auf Invalidenrente rechnen müssen, die Versicherung wieder erneuerten. Eine solche Ausbeutung der Versicherung auf Kosten der ärmsten Arbeiter müsse verhindert werden. Auch diese Möglichkeit hatte der sozialdemokratische Antrag berührt, indem er das Wiedererwerben der Anwartschaft davon abhängig machte, daß mindestens wieder 500 Beitragsmarken von den Kleinunternehmern geklebt werden, d. h. daß diese die Anwartschaft frühestens in zehn Jahren erlangen konnten. Bei einer so langen Zeit ist eine derartige Spekulation ausgeschlossen. Die Freikämmerer verlangten, daß in derartigen Fällen die Kleinunternehmer die Anwartschaft nach 200 Beitragsmarken, also nach vier Jahren, erlangen sollen. Die Kommissionmehrheit lehnte jedoch beide Anträge ab; sie gab allerdings den Kleinunternehmern das Recht, die Versicherung zu erneuern, aber bedingungslos nur bis zum vollendeten 40. Lebensjahr. Nach Ueberbreitung dieses Alters soll die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur dann ausbleiben, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken geklebt wurden. Außerdem soll der Betreffende dann eine Wartezeit von 500 Beitragsmarken zurücklegen, bevor er die Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung wieder erlangt hat. Es wird aber sehr häufig vorkommen, daß der Kleinmeister in früheren Jahren nicht 500 Marken geklebt, also zehn Jahre lang beigetragen hat, weil er sich früher selbstständig machte. Viel schlimmer noch aber ist die von konservativen, nationalliberalen und Zentrumsabgeordneten aufgestellte Bedingung für Kleinmeister, die das 60. Lebensjahr vollendet haben; denn diese sollen die Versicherung nur dann erneuern können, wenn sie nicht weniger als 1000 Beitragsmarken verwendet hatten, d. h. nicht

weniger als 20 Jahre lang beigetragen haben. Es ist bezeichnend, daß eine derartige Verhöhnung der Kleinmeister gerade von jenen beschloffen worden ist, die sich bei den Wahlen und sonstigen Gelegenheiten als die Retter des Mittelstandes vorstellen.

Bei der Festsetzung der Rentenbeträge hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß durchweg alle Kosten für die Berechnung der Renten verdoppelt werden sollten, dementsprechend traten sie auch für die Verdoppelung der Beiträge ein. Sie wiesen nach, daß die jetzigen Leistungen der Versicherungen völlig ungenügende sind und daher oft genug die Armenpflege einsehen muß. Da sei es für die Arbeiter ein Fortschritt, wenn sie höhere Beiträge bezahlen, dafür aber auch eine einigermaßen auskömmliche Entschädigung erlangen. Bei allen Parteien fand dieser Antrag Widerspruch und immer wieder deshalb, weil dadurch unser Erwerbsleben zu sehr belastet werden würde. Die Sozialdemokraten machten darauf den Vorschlag, daß wenigstens die Beiträge und Leistungen in den höheren Lohnklassen gleichmäßig gesteigert werden sollten; denn sowohl nach der Vorlage sind Beiträge und Leistungen für die Arbeiter der höheren Klassen verhältnismäßig geringer als für die Arbeiter der untersten Lohnklassen. Aber auch den Antrag, daß nur die Arbeiter der höheren Klassen mehr zahlen und dafür auch mehr erhalten sollen, lehnte die Mehrheit ab. Der einzige Erfolg dieser Bemühungen war der, daß das Zentrum die Hand dazu bot, wenigstens die Invalidenrente etwas zu erhöhen. Das Zentrum beantragte, daß dem Empfänger der Invalidenrente, der Kinder unter 14 Jahren habe, die Rente pro Kind um ein Zehntel erhöht werden soll, bis zum 1/4fachen Betrag der Invalidenrente. Diese Verbesserung ist allerdings sehr gering. Das Zentrum, das so freigebig ist bei den indirekten Steuern sowie bei den Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik hätte unbedingt für eine größere Erhöhung der Renten eintreten müssen, wenn es Rücksicht auf die Arbeiter genommen hätte. Die Sozialdemokratie trat immerhin für diese Erhöhung ein und so gelang es denn auch, den Arbeitern wenigstens diesen kleinen Fortschritt zu verschaffen.

Erfreulich ist der Erfolg der Sozialdemokraten bei der Bestimmung, die sich auf die Entziehung der Invalidenrente bezieht, die nach dem geltenden Gesetz wie nach der Vorlage dann eintreten soll, wenn der Rentenempfänger infolge einer Veränderung in seinen Verhältnissen nicht mehr invalid ist. Auf Grund dieser Bestimmung ist Invaliden die Rente schon entzogen worden, wenn ein Arzt die Erwerbsfähigkeit etwas höher als auf ein Drittel einschätzte. Eine derartige Schätzung ist aber niemals genau zu machen und deshalb kommen hierbei die schlimmsten Ungerechtigkeiten vor. Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß für die Rentenentziehung nur eine wesentliche Aenderung in dem Zustand des Rentenbeziehers maßgebend sein kann. Dieser Antrag wurde angenommen und hoffentlich wird er in der Praxis jene sehr schweren Ungerechtigkeiten für die Zukunft verhindern.

Rundschau.

Folgen der Tabaksteuer. Groß-Steinheim. Die Firma Joh. Geiser hat seit dem 12. Oktober ihren Betrieb eingestellt. In Betracht kommt dabei ein Koller und eine Wickelmacherin. Die beiden fanden Arbeit in der Zigarettenfabrik von Rinn u. Kloos in unserer Nachbargemeinde Klein-Steinheim.

Ohlau. Die Firma Gebr. Wendriner läßt die Arbeiter wiederum abwechselnd ausgehen. — Die Arbeiter der Firma Otto Dietz feiern schon 20 Wochen, und noch ist keine Aenderung in Aussicht.

Züllichau. Die Zigarrenfirma Richter hat ihren 30 Arbeitern und Arbeiterinnen anheimgestellt, Mitte des Monats Dezember einmal anzufahren, ob und in welchem Umfang die Wiederaufnahme des Betriebs erfolgen könne! Bis dahin können die Arbeiter, die zum Teil 27, 30 und 32 Jahre bei einem Durchschnittsverdienst von 13 bis 14 Mk. die Woche dieser Firma gefrondet haben, über die Segnungen der „Finanzreform“ in aller Ruhe nachdenken! Dem freikonservativen Reichstagsabgeordneten des Kreises, Bürgermeister Schlüter-Sommerfeld, der für die Tabaksteuer gestimmt hat, aber gegen den Antrag der Sozialdemokraten auf Entschädigung der brotlos werdenden Arbeiter, widmen die dreißig auf die Straße gesetzten Arbeiter sicher die freundlichsten Wünsche.

Die Liebesgabe schmilzt zusammen. In den Kreisen der junkerlichen Schnapsbrenner herrscht ernste Besorgnis, diesen „vaterländisch“ gestimmten Kreisen droht eine immense Gefahr, sie können ihren Schnaps nicht verkaufen. Die im Reichsanzeiger veröffentlichten Produktionszahlen lassen erkennen, daß der Absatz an Trinkbranntwein in der letzten Kampagne von 2 602 121 Hektoliter auf 1 800 422 Hektoliter gefallen ist. Unter diesen Umständen wird die Regierung das Kontingent erheblich einschränken müssen, denn die Liebesgabe, wenn auch in vermindertem Betrag, bleibt den Brennern nur dann erhalten, wenn der Trunkonsum das Kontingent übersteigt. Dieser hocherfreuliche Rückgang des Fuzelgenusses wird auch dem 50 000 Mk. Jahresgehalt angestellten Direktor der Spirituszentrale, dem konservativen Abg. Kreth, Kopfzerbrechen machen, denn ob sich die Agrarier für die Dauer einen Mit-Direktor halten werden, der nur die Aufgabe hat, die Schnapsbrennerinteressen parlamentarisch zu vertreten, erscheint fraglich. Schließlich kann diese Arbeit von den Oldenburg-Januschau, Schwerin-Löwitz, Neuhel usw. auch noch selbst besorgt werden. Dieser Erfolg muß für unsre Parteigenossen ein Ansporn sein, dem Fuzelgenuß nur mit noch erhöhter Energie entgegenzutreten.

Steuerermäßigung bei Arbeitslosigkeit. Das preussische Einkommensteuergesetz läßt Ermäßigungen der veranlagten Einkommensteuer bei eintretenden Unglücksfällen, zu denen auch Arbeitslosigkeit infolge von Krankheit zu rechnen ist, zu, aber alle andern Fälle von Arbeitslosigkeit berücksichtigt es nicht. Für diese kommen nur die gesetzlichen Bestimmungen für den Fall des Wegfalls einer Einnahmequelle in Betracht. Nach einer unglaublich weltfremden und formalistischen Entscheidung des Obergerichtspräsidenten gilt aber für Arbeiter als Einnahmequelle nicht die Arbeitsgelegenheit, sondern die

Arbeiterinnenrechte.

Der im April dieses Jahres durch das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission dem Reichstags eingereichte Antrag von 29 gewerkschaftlichen Zentralverbänden mit weiblichen Mitgliedern auf Aenderung des § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes ist in der Kommission des Reichstags, die die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz zu beraten hat, abgelehnt worden. Für den Antrag stimmten nur die Vertreter der Sozialdemokraten.

Wir haben schon einmal an dieser Stelle auf die Bedeutung dieses Paragraphen für die Arbeiterinnen hingewiesen. Sein Wortlaut, nach dem das Ehrenamt eines Schöffen nur von „einem Deutschen“ versehen werden kann, ist die Veranlassung, daß Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten nicht haben. Der § 11 des Gewerbegerichtsgesetzes, dessen letzter Absatz lautet: „Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind (Gerichtsverfassungsgesetz §§ 31, 32), können nicht berufen werden“, nimmt ausdrücklich Bezug auf das Gerichtsverfassungsgesetz.

Nachstehend bringen wir nun die angezogenen Paragraphen im Wortlaut:

§ 31 G.-V.-G. Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.

§ 32 G.-V.-G. Unfähig zu dem Amte eines Schöffen sind:

1. Personen, welche die Befähigung infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben;
2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;
3. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind (Verschwender, Gemeinschuldner, Entmündigte).

Frauen genießen also nach den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes die gleiche Behandlung wie die im § 32 des G.-V.-G. aufgeführten Personen (Verbrecher und Geistesranke). Aber abgesehen von der Beleidigung, die damit den Frauen in ihrer Gesamtheit widerfährt, bedeuten diese Bestimmungen auch eine wirtschaftliche Schädigung. Vor den Gewerbegerichten kommen nur Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis zur Verhandlung. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese am besten von denen beurteilt werden können, die das Arbeitsverhältnis selbst kennen und vor allem mit der Empfindungs- und Gedankenwelt der Beteiligten vertraut sind. Aus diesem Grunde ist wohl auch die Hinzuziehung von Arbeitervertretern bei Beurteilung der Streitfälle und der Rechtsprechung beschlossen worden, die nach der Begründung der Regierung den Zweck haben sollte, eine auch des Vertrauens der Beteiligten versicherte Rechtspflege zu schaffen.

Wenn diese Absicht wirklich bestand, dann hätte auf die Mitwirkung von Arbeiterinnen bei der Wahl der Vertreter und bei der Rechtsprechung nicht verzichtet werden dürfen. Dann erst könnte von einer des Vertrauens der Beteiligten in ihrer Gesamtheit versicherten Rechtspflege die Rede sein.

Durch diese Ausführungen soll nicht etwa die Tätigkeit unserer Arbeitervertreter in den Gewerbegerichten herabgesetzt werden, es muß im Gegenteil anerkannt werden, daß diese nach Kräften bemüht gewesen sind, auch die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten. Von ihnen selbst ist aber oft genug bedauert worden, daß Arbeiterinnen in den Gewerbegerichten nicht mitwirken können und ihren Anregungen ist wohl in den meisten Fällen auch die Hinzuziehung von Arbeiterinnen als Gutachter zu danken.

Nach der Haltung der Kommission ist es wohl so gut wie ausgeschlossen, daß der Antrag auf Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes zugunsten der Wirksamkeit der Gewerbegerichte eine Mehrheit bei den Plenarberatungen des Reichstags bekommt, so daß also auf diesem Wege die Arbeiterinnen nicht in den Genuß des Wahlrechts zu ihren wirtschaftlichen Interessenvertretungen kommen. Sie werden dieses Recht aber doch erringen durch die Macht ihrer Organisationen. Diese gilt es zu kräftigen durch Eintritt in dieselben. Es handelt sich nicht nur darum, durch sie die materielle Besserstellung der Arbeiterinnen durchzusetzen, sondern auch diesen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in allen Teilen zu sichern. Hierzu gehört die Erämpfung des Wahlrechts für die Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Hadersleben. Von der Firma M. Hansen jun., Rautabakfabrik, forderten die Tabakspinner eine Erhöhung ihrer Löhne um 45 Pfg. bis 5 Mk. pro Zentner. Die Firma bewilligte dann auf 7 Gelpinsnummern 30 bis 50 Pfg., 5 Gelpinsnummern 55 Pfg. bis 1 Mk., 2 Gelpinsnummern 1.10 Mk., 1 Gelpinsnummer 2.50 Mk., 1 Gelpinsnummer 2.60 Mk. und 1 Gelpinsnummer 5 Mk. pro Zentner. Außerdem erhielten sämtliche Hilfsarbeiterinnen eine 5prozentige Lohnzulage, so daß der Lohn dieser Arbeiterinnen nunmehr 10.80 Mk. beträgt. Die beschäftigten 40 Rollenmacherinnen erhielten keine Lohnzulage.

Reudenburg. Die Firma M. Hansen jun., Rautabakfabrik (Sitz Hadersleben), von welcher die Arbeiter eine 10prozentige Lohnerhöhung forderten, bewilligte ihren Arbeitern, Tabakspinnern, Vorlegerinnen, Dedemacherinnen, sowie sonstigen Arbeiterinnen eine 5prozen-

tige Lohnzulage. Der Wochenlohn der Vorlegerinnen und der sonstigen Arbeiterinnen beträgt nunmehr 11.40 Mk. Rollenmacher oder Rollenmacherinnen werden in diesem Filialbetriebe nicht beschäftigt.

Oberode (Hannover). Die Firma G. Clevenhuse bewilligte 25 Pfg. bis 1 Mk. pro Mille für Zigarrenmacher und 25 Pfg. bis 50 Pfg. pro Mille für Wickelmacher. Auch hat die Firma sich bereit erklärt, den im Tagelohn beschäftigten Arbeitern eine Lohnzulage zu machen.

Schwinge. Die Firma Bartling u. Spies (Sitz Hamburg) bewilligte ihren Arbeitern eine Lohnzulage von 50 Pfg. pro Mille.

Cleve, Goch, Nieukerk (Rheinland), Diehlheim, Nufloch (Baden). Die Lohnunterschiede bei der Firma M. Mertens (Sitz Cleve) sind noch nicht erledigt. Die Arbeits-einstellung erfolgte deshalb in den Betrieben dieser Firma in Nufloch und Nieukerk, während die Arbeiter in den Betrieben Cleve und Goch seit dem 8. Oktober in Kündigung stehen und am 22. Oktober die Arbeit einstellen, sofern es zu keiner Einigung kommen sollte. Hoffentlich erklären sich auch die Arbeiter in Diehlheim, die zum Teil dem christlichen Tabakarbeiterverbande angehören und die niedrigsten Löhne bei dieser Firma mit erhalten, sich solidarisch und tragen dazu bei, daß die Bewegung zum guten Abschluß gebracht werden kann. Vor Zugang nach den Betrieben der Firma M. Mertens in Cleve, Goch, Nieukerk (Rheinland), Diehlheim, Nufloch (Baden) wird gewarnt.

Freiburg i. S. Der Streik bei der Firma R. Barth dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Johannegeorgsstadt. Die Firma E. Hennemann (Sitz Zwickau) entließ ihre Arbeiter, weil die Löhne zu hoch seien. Solange dieser Abwehrstreik dauert, ist der Zugang fernzuhalten.

Pölsig (S.-M.). Der Streik bei der Firma R. Bauh dauert fort. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Rehme (Westfalen). Der Streik bei der Firma H. A. Selbach u. Co. dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Borgholzhausen (Westfalen). Der Streik bei der Firma J. W. Schmidt dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Schweid a. O. Der Streik bei der Firma Geb. Dieterle dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Ellen bei Emmerich. In der Filialfabrik der Firma Th. Joh. Klaasen in Emmerich sind Lohnunterschiede ausgetrieben. Die Zustände sind von Seiten der Firma waren so gering, daß sämtliche Arbeiter am Sonnabend, den 15. d. M., die Kündigung einreichten. Vor Zugang wird gewarnt.

Nufloch. Da sich die Sortierer der Firma Mertens ebenfalls im Ausstand befinden, sucht diese Firma in der Süddeutschen Tabakzeitung unter dem Namen E. Neff u. Co., Nufloch, verhandsfreie Sortierer. Wir möchten deshalb alle Kollegen und Kolleginnen dringend warnen, ja nicht auf diesen Reim zu kriechen.

Woltersdorf. Da hier am Ort Differenzen bestehen, müssen Arbeitssuchende sich in ihrem eignen Interesse an den 1. Bevollmächtigten, R. Jastrow, Linden-Allee, wenden. Die Sperre über die Firma Wustrow ist noch nicht aufgehoben.

Altona. Der Streik bei der Firma Caprano u. Grunh, der ausbrach, weil die Firma neue Sorten Zigarren einfuhrte zu Löhnen, die unter den ortsüblichen stehen, dauert fort. Eingeleitete Unterhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Vor Zugang wird gewarnt.

Fürstentum. Der Streik bei den drei Firmen H. Casper, H. Ellrich und P. Schreiber dauert fort. Der Zugang ist fernzuhalten.

Münden (Hannover). Der Abwehrstreik bei der Firma P. H. Henkel (Inh. W. Korf) dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Zugang ist fernzuhalten:
Solzinden: Firma G. Weickfeld.
Dahme i. M.: Firma H. G. Loel.

Der nächste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet 1911 in Dresden statt. Die Zeit der Tagung wird noch später bestimmt. Eine am 10. und 11. Oktober in Berlin stattgefundene Konferenz von Vertretern der Verbände der Gewerkschaften für Dresden als Kongressort deshalb, weil im nächsten Jahre in Dresden eine internationale Hygiene-Ausstellung stattfindet, an der sich die Zentralverbände beteiligen werden. Mit dieser Ausstellung soll eine Heimarbeit-Ausstellung verbunden werden. Auch hierzu wurde die Anteilnahme beschlossen. Zur Vorbereitung aller notwendigen Schritte wurde ein Organisationskomitee aus elf Vertretern der Berufsgruppen und zwei Vertretern der Generalkommission eingesetzt.

In die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission tritt am 1. Januar 1911 Genosse Max Schippel ein. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission wurde am 1. April d. J. eingerichtet. Sie steht unter der Leitung des Genossen Robert Schmidt, der seine Stellung im Zentral-Arbeitersekretariat aufgab, um in das sozialpolitische Bureau einzutreten. Mit der Abteilung sind auch die Geschäfte der bisherigen Kommissionen für Bauarbeiterchutz, zur Bekämpfung des Kots- und Logiszwanges, sowie der Gewerbegerichtsbeihilfe (Arbeitnehmer) verbunden worden. Der bisherige Angestellte der Bauarbeiterchutzkommission, Genosse Heinke, trat so gleich mit der Uebergabe der Geschäfte dieser Kommission in die sozialpolitische Abteilung ein.

Uebertritt christlich Organisierter zur freien Gewerkschaft. Die Zahlstelle Theaterarbeiter des christlichen Verbandes der Staats- und Gemeinbedarbeiter in München beschloß einstimmig, wegen der arbeitserschwerenden Tätigkeit der christlichen Arbeitervertreter in den Parlamenten, namentlich auch wegen deren Zustimmung zu den indirekten Steuern, sowie wegen des im christlichen Verbands herrschenden Chaos im Rassenwesen, ihren Uebertritt zum freien Verband der Gemein- und Staatsarbeiter. Daraus ist zu entnehmen, wie groß auch in christlichen Kreisen die Mißstimmung gegen die Tätigkeit der christlichen Führer und ihrer Organisation gewachsen ist. So mußte es kommen.

Der schwedische Buchdruckerverband, der sich, wie bekannt, dem Generalstreik angeschlossen hatte, wurde von einer Anzahl

Unternehmer auf Schadenersatz verklagt. Der Schaden soll durch den Streik entstanden sein. Um eine Beschlagnahme seines Vermögens zu verhindern, hatte es der Verband in Kopenhagen deponiert. Am vorletzten Donnerstag hat das Gericht den Verband als nicht schadenersatzpflichtig freigesprochen. Das Gericht sprach sich dahin aus, daß, wenn auch der Vorstand des Verbandes die Order zur Niederlegung der Arbeit gegeben und sich dadurch zu den Streikbestimmungen in Widerspruch gesetzt habe, dieses für den Verband nicht als verbindlich angesehen werden konnte, etwaige Verluste der Kläger zu ersetzen.

Protestversammlung der Tabakarbeiter des Kreises Herford.

Die am Sonntag, den 9. Oktober, in Bünde abgehaltene Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen des Kreises Herford gestaltete sich zu einem riesigen Protest gegen die vom Reichstagsabgeordneten erlassenen Bestimmungen über die Kürzung bzw. die völlige Entziehung der Staatsunterstützung für arbeitslose Tabakarbeiter. Der Saal im Stadtgarten war gepflöpft voll, so daß viele keinen Einlaß mehr finden konnten und im Garten stehen bleiben mußten.

Um 4 1/4 Uhr eröffnete der Genosse Menke im Auftrage der Kommission die imposante Versammlung. Er teilte mit, daß von den geladenen Rednern Herr Syndikus Hindenberg-Minden verhindert sei. Reichstagsabgeordneter Conze hat nicht gewartet, ebenso Wallbaum nicht. Abgeordneter v. Elm ist durch gewerkschaftliche Tätigkeit am Erscheinen verhindert.

Gauleiter Schlichter führt einleitend ungefähr folgendes aus: Daß Herr Hindenberg durch Teilnahme an einem Wasserbaukongress verhindert ist, können wir entschuldigen. Aber wenn Wallbaum am gebräunten Sonnabend im Ravensberger folgende Erklärung losläßt:

Am Sonntag, den 9. Oktober, findet in Bünde eine von sozialdemokratischer Seite angesetzte Protestversammlung gegen die Entziehung der Unterstützungsgelder statt, in der neben dem „Genossen“ Schlüter Herr Handelskammerpräsident Hindenberg reden wird. Ich bin zu dieser Versammlung eingeladen. Da aber die christlichen Tabakarbeiter bereits auf der großen Kundgebung in Rathenau zu dieser Frage Stellung genommen haben, haben wir keine Veranlassung, an der Versammlung in Bünde teilzunehmen. Wir haben auf unsern Parteitage in Siegen unsere Abgeordneten beauftragt, im Reichstags für die Nachbewilligung der Unterstützung einzutreten, der christliche Tabakarbeiterverband ist fortgesetzt in dieser Richtung tätig. Die Teilnahme an einer sozialdemokratischen Versammlung ist daher überflüssig; um so mehr, da nur ich, nicht aber der christliche Tabakarbeiterverband eingeladen ist. Wilh. Wallbaum.

dann ist das nur eine Verschleierung des wirklichen Grundes seines Fernbleibens. Denn Wallbaum selbst hat Hindenberg zu einer Versammlung aufgefordert, um ihm, Wallbaum, Rede zu stehen über die Neuerungen gegenüber Wallbaums Gründungsabsicht einer eigenen Partei. Wallbaum hat also vor Hindenberg gekniffen.

Was nun die heutige Versammlung anbetrifft, so ist sie einberufen, um gegen die Kürzung bzw. Entziehung der Unterstützung der Tabakarbeiter zu protestieren. Raum waren zehn Monate nach Inkrafttreten der Tabaksteuer verfloßen, da wurde schon laut, daß die Unterstützung gekürzt bzw. ganz entzogen werden sollte. Der Artikel 11a spricht den Tabakarbeitern Unterstützung von mindestens drei Viertel ihres entgangenen Arbeitsverdienstes zu, und jetzt kommt das Reichstagsamt her und kürzt die Unterstützungssätze, um die Unterstützungen am 3. Dezember 1910 ganz zu entziehen. Wie kommt das Reichstagsamt zu diesen Bestimmungen? Sieht die Regierung nicht mehr das Elend, das die Steuer hervorgerufen hat? Die Wirkung der Tabaksteuer von 1909 ist bedeutend härter als die von 1879. Das mögen folgende Summen beweisen, die im Bereich des Hauptzollamtes Minden an Unterstützungen gezahlt worden sind (siehe nächste Seite oben).

Im August wurden noch 86 000 Mark im Bezirk des Hauptzollamtes Minden ausgezahlt. Dieser Rückgang ist aber nur eine Folge der Verminderung der Unterstützungssätze, denn trotzdem im März/April viele Tabakarbeiter auf Ziegeleien in Arbeit getreten sind, stiegen die Summen für Unterstützungen in diesen Monaten noch. Aber die Regierung kürzt und entzieht trotzdem die Unterstützungen.

Mit den neuesten Ausführungsbestimmungen hat die Regierung bewiesen, daß sie die Folgen der Steuer noch nicht kennen gelernt hat. Jeder Abstrich weiß, daß im Oktober/November die Zigarrenindustrie immer besser beschäftigt ist. Aber gerade im Dezember, wenn die Läden und Lager wieder gefüllt sind und die Verkäufer auf das Weihnachtsgeschäft warten, da fällt die Unterstützung ganz weg. Was soll dann werden?

Sollen die Gemeinden helfen? Diese könnten das gar nicht in dem erforderlichen Maße, wenn sie es auch wollten, denn durch die verminderten Steuereinnahmen infolge der Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter sind die Gemeindefinanzien selbst aufs äußerste geschwächt. Aber es steht auch den Kommunen gar nicht zu, die durch Reichsgesetz arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter zu unterstützen; verpflichtet dazu ist das Reich. Wohin soll es also führen, wenn die lange arbeitslosen Tabakarbeiter, die schon jetzt einen Zuschuß zur Staatsunterstützung vom Tabakarbeiterverband erhalten, überhaupt vom Staate nichts mehr bekommen?

Der Reichstag muß aufgefordert werden, sein energisches Veto gegen die Bestimmungen des Reichstagsamtes einzulegen. Pastor von Bodelschwing (früher in Dünne) hat unsre Darstellung der Lebensverhältnisse der Tabakarbeiter vor Einführung der neuen Tabaksteuer bestätigt und in einer Broschüre seine Ansichten niedergelegt und als einzige Rettung der Arbeiter ihre eigene Organisation bezeichnet. Und diese Industrie sucht sich die Regierung aus, um Millionen aus ihr herauszupressen! Die Regierung und die Abgeordneten der Mehrheit, die die Tabaksteuer beschlossen haben, können das nie verantworten. Für Beamte und Pastoren sind Gehaltsaufbesserungen bewilligt worden; dem Könige von Preußen wurden 3 1/2 Millionen Mark zugelegt; für die Zehntausende arbeitslose Tabakarbeiter ist aber kein Geld mehr da.

Schon auf dem Tabakarbeiterkongress in Berlin wurde ein Beschluß gefaßt, bei Einführung einer Tabaksteuer volle Entschädigung für die Tabakarbeiter, die dadurch arbeitslos wurden, zu verlangen. Als die sozialdemokratischen Abgeordneten dann diesen Antrag in der Kommission stellten, lehnte ihn die bürgerliche Mehrheit ab, und es wurde dann der bekannte Antrag Giesberts auf Entschädigung der arbeitslosen Tabakarbeiter mit drei Viertel ihres Verdienstes am 2. Juli mit 341 gegen 12 konservative Stimmen angenommen. Aber schon am 9. Juli beantragte derselbe Abgeordnete Giesberts selbst drei Viertel Entschädigung; daß nur Tabakarbeiter, die ein Jahr in der Industrie beschäftigt waren, Unterstützung bekommen sollten; daß nur zwei Jahre Unterstützung gezahlt werden soll und daß die Unterstützungen insgesamt nur 4 Millionen Mark betragen sollen. Mit

Kreis	September- Oktober 1909		November 1909		Dezember 1909		Januar 1910		Februar 1910		März 1910		April 1910		Mai 1910		Juni 1910		Juli 1910		August 1910		Zusammen	
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S
Bielefeld	1 730	32	1 028	87	1 047	11	1 480	28	1 524	84	1 137	24	938	59	1 077	34	1 224	04	1 065	11	944	46	13 193	20
Galle	2 004	93	4 549	—	611	52	80	99	2	46	2 430	42	2 524	72	2 003	66	3 238	91	997	92	74	52	18 519	05
Herford	233 197	77	211 173	91	88 468	29	93 782	—	92 172	53	194 799	59	180 745	29	206 002	93	192 664	17	164 535	48	68 031	45	1 725 573	41
Lübbecke	10 653	20	20 021	54	19 034	22	8 776	88	24 381	96	32 083	04	35 123	03	41 485	07	45 832	92	39 691	45	9 540	71	266 626	05
Minden	8 710	99	12 257	78	5 919	90	7 523	23	20 012	03	24 290	93	23 020	69	20 457	99	24 438	67	14 003	30	7 588	79	168 229	30
Wiedenbrunn	4 478	79	2 951	08	1 307	52	893	96	1 045	22	229	46	665	51	1 211	24	415	53	788	66	173	63	14 160	54
Grafschaft Schaumburg	54	69	387	81	67	34	102	29	183	39	192	86	753	95	—	—	231	80	447	26	130	84	2 567	23
Zusammen	260 830	69	252 379	93	116 455	90	112 639	58	139 322	43	255 165	54	243 776	83	272 238	23	268 046	07	221 534	18	86 484	40	2 228 873	78

225 gegen 140 Stimmen wurde ein Antrag Conge-Stresemann-Geveling, es bei dem ersten Beschluß, Entschädigung mit drei Viertel des Verdienstes auf zwei Jahre zu belassen, abgelehnt. Auch die christlichen Abgeordneten Behrens und Burchardt stimmten gegen den Antrag Conge. Durch diesen zweiten Antrag Giesberts sind die Tabakarbeiter um circa 8 Millionen Mark Entschädigung gekommen. Und jetzt fuhr der Reichsschatzsekretär bei seinen neuen Bestimmungen auf diesen Antrag. Die Tabakarbeiter sind also Opfer des nationalen Dünkels der Reichstagsmehrheit, die Reichsfinanzreform zustande gebracht zu haben. Wir müssen uns nun gegen die Kürzung und Entziehung der Unterstützungen direkt an den Reichstag wenden.

Die Kommission schlägt Ihnen vor, folgende Petition an den Reichstag zu richten:

An den hohen Reichstag.

Berlin.

Im Auftrage der Tabakarbeiter des Kreises Herford, welche am 9. Oktober 1910 in Bünde in einer Stärke von über 3000 Personen versammelt waren, unterbreiten die Unterzeichneten dem hohen Reichstage folgende Petition:

Am 16. Juli d. J. sind neue Bestimmungen des Bundesrats und Reichsschatzsekretärs in Kraft getreten, durch welche Höhe und Dauer der Unterstützung für die durch die Tabaksteuererhöhung arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter herabgesetzt werden. Der hohe Reichstag hat durch den Artikel 11a des Tabaksteuergesetzes eine Unterstützungsperiode von 2 Jahren und die Höhe der Unterstützung auf drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes festgesetzt. Die Unterzeichneten bitten den hohen Reichstag, die mit dem Wortlaut und dem Geiste des Artikels 11a im Widerspruch stehende Verfügung aufzuheben und den Tabakarbeitern die durch Artikel 11a gewährte Unterstützung auszuschütten, die zu wenig gezahlte Unterstützung aber nachzahlen zu lassen.

Die einzigen Freunde, die die Tabakarbeiter im Reichstage haben, die Abgeordneten der Sozialdemokratie, werden unsere Petition, des sind wir gewiß, warm vertreten. Wir müssen das der sozialdemokratischen Partei aber auch danken. Das können wir am besten, wenn wir die Macht der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften stärken, den Organisationen beitreten und den bürgerlichen Parteien bei der nächsten Reichstagswahl die Dittung für ihr Verhalten geben.

Darauf erhält das Wort Reichstagsabgeordneter Genosse Severing: Der Vorredner gab der Erwartung Ausdruck, daß die sozialdemokratische Fraktion diese Petition im Reichstage vertreten werde und die Fraktion wird dafür sorgen, daß die Petition nicht totgeschwiegen wird. Aber stellen Sie Ihre Erwartungen nicht zu hoch. Hat es doch genug Mühe gekostet, die 750 000 Mark nachzubewilligen. Die erlauchten konservativen Herren, die auch gegen den zweiten Antrag Giesberts gestimmt haben, waren wenigstens ehrlich, während Abg. Sielermann erst nur eine schöne Resolution an die Regierung für Unterstützung der Tabakarbeiter hatte. Und wenn Sielermann gegen die Tabaksteuer gestimmt hat, so tat er das nur aus Wahlkreisrück-sichten. Die Tabakarbeiter dürfen endlich nicht mehr den bürgerlichen Parteien nachlaufen. Es ist die Begrenzung der Unterstützung durch den Antrag Giesberts, die uns die heutige Situation gebracht hat, also die Schuld des Zentrums in letzter Linie, wenn die Tabakarbeiter nichts mehr bekommen. Die Mehrheit des jetzigen Reichstags ist eben für das Segnen der oberen und die Schröpfung der unteren Klassen. Und da das Zentrum und die Konservativen die Regierung sind und der Reichsschatzsekretär sich als Beauftragter der Mehrheit fühlt, gestattet er sich, mit seiner Sparpolitik bei den Armen anzufangen. Aufgabe der Arbeiter in Zentrumswahlkreisen wird es sein, die Stimmen des Zentrums diesem bei den Wahlen heimzusuchen.

Die Nationalliberalen haben sich allerdings bemüht, die Verschlechterungen des Antrags Giesberts durch den Antrag Conge abzuwehren und der Unternehmerssekretär Stresemann konnte den christlichen und Arbeiterabgeordneten sagen, daß der Antrag Giesberts direkt arbeiterfeindlich sei! Aber wenn Wallbaum erklärt, auf dem Sieg der Partei der Christlichen Sozialen sei die Sache erledigt, so ist das eitel Schwindel, denn die Partei der zwei Abgeordneten weiß ganz genau, daß ihre Beschlüsse jetzt wertlos sind. Franz Behrens ist ja zufrieden, wenn ihm ein Staatssekretär die Hand gedrückt oder ein Geheimrat mit ihm gesprochen hat. Mag er sich weiter damit brüsten. Der Einfluß der kleinen Partei geht soweit, daß jeder Abgeordnete anders stimmt. Die Deutschen sagen, sie hätten für die 4 Millionen Beschränkung gestimmt, um das Tabaksteuergesetz zustande zu bringen. Ja, wäre es denn ein Unglück gewesen, wenn das Gesetz nicht zustande gekommen wäre? Und wenn sie jetzt schöne Worte führen werden, so ist das eitel Heuchelei. Wir werden den Herren das deutlich sagen.

Die Nationalliberalen sind aber nicht freizusprechen von der Mitschuld an der Tabaksteuer. Hätte die nationalliberale Partei von vornherein Stellung dagegen eingenommen, dann hätte das Zentrum auch anders handeln müssen.

Es ist aber nicht damit getan, zu petitionieren, zu bitten und zu protestieren, sondern wir müssen fordern. Die Forderungen der großen gewerkschaftlichen Organisationen werden gehört; sie würden noch besser gehört, wenn die Gewerkschaften stärker wären. Und wären alle Tabakarbeiter organisiert, so stände es um ihren Beruf auch sicher besser. Alle Tabakarbeiter sollten das endlich einsehen; Stockschläge auf den Magen haben sie ja genug bekommen. Sorgen Sie, verehrte Anwesende, also dafür, daß auch der letzte Tabakarbeiter aufgefressen wird. Mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel in der Hand müssen die Tabakarbeiter von Herford-Halle bei der nächsten Reichstagswahl dem schwarz-blauen Vlod die Dittung ausstellen. Es wäre eine Schande für die Arbeiter, wenn Herford-Halle, der Kreis mit der zahlreichen Tabakarbeiterschaft und in der die Tabaksteuer solch Elend angerichtet hat, noch einmal anders als sozialdemokratisch im Reichstage vertreten wäre.

Als dritter Redner nahm der Reichstagskandidat Genosse Hoffmann an das Wort. Genosse Hoffmann hatte erwartet, Wallbaum vor sich als Redner zu haben, um ihn sich äußern zu hören über sein Vorhaben, eine neue Partei zu gründen. Nun habe es aber Wallbaum vorgezogen, zu kneifen, und die Versammlung komme deshalb um den Genuß, aus Wallbaums Munde zu vernehmen, warum er denn von der Gründung der „Wallbaum“-Partei Abstand genommen hat. Und wir hören auch nichts über den von Wallbaum angebotenen Kauf des Ravensbergers. Der Reichsschatzsekretär hat m. E. das Gesetz so ausgelegt, wie die Mehrheit es wollte, das wissen auch die Abgeordneten, die das Gesetz beschlossen haben. Aber warum hat das Zentrum diesen Arbeiterverrat durch Annahme des Gesetzes getrieben? Es wollte mit der konservativen Partei wieder Regierungspartei werden; es wollte Rache nehmen an Bülow; darum fürchtete es auch den Arbeiterverrat durch Annahme des Tabaksteuergesetzes mit seinen entsetzlichen Folgen für die Tabakarbeiter nicht.

Solange die Arbeiter gar noch konservativ wählen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihre Interessen vernachlässigt werden. Er erinnere nur an die Agitation für den früheren konservativen Vertreter des Kreises, Roon. In Versammlungen wurde das Bildnis seines verstorbenen Vaters, des Kriegsheldens Roon, aufgehängt und mit dem Hinweis auf die Verdienste des Vaters der Sohn zur Wahl für den Reichstag empfohlen! Dann hielt vor circa 15 Jahren hier in diesem Saale der verlorene Herr v. Hammerstein eine schöne Rede, worin er den Tabakarbeitern versprach, für sie Freunde in seiner Fraktion zu werben; gelungen ist ihm das aber nicht, dieser Leuchte von christlicher Demut und Mauthelldemut. Der damals auf die Versammlung losgelassene Arbeiter Schubert war schon ein Vertreter des Mauthelldemuts, das die Christlich-Sozialen heute verkörpern. Die Arbeiter konnten also in der Zeit lernen. Es ist unglaublich, daß es noch so viele Arbeiter gibt, die sich nicht über die Wirkung der indirekten Steuern unterrichten. Das ist eine Verblindung an ihrer eigenen Familie. Rechnete doch Stumm aus, daß er genau so viel an Salzsteuer zahle, wie jeder Arbeiter. Bei der Tabakarbeiterfamilie, deren Einkommen wirklich 1200 Mark beträgt und die 6 Köpfe zählt, machte aber die Salzsteuer 1/4 Prozent des Einkommens aus. Wenn den gleichen Prozentsatz Stumm hätte zahlen wollen, hätte er müssen 250 000 Pfund Salz verbrauchen. Wenn Arbeiter immer wieder solche Vertreter in den Reichstag senden, dürfen sie sich dann nicht wundern, wenn die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten werden.

Dasselbe christliche Mauthelldemut macht sich auch heute noch breit; dessen Vertreter sind Raissenbeul und Wallbaum. Warum antwortet Herr Litgenberger nicht, daß er den Ravensberger der Volkswacht zum Kauf angeboten hat? Formell handelt es sich ja um den Verkauf einer alten Sechsmaschine Monoline im Werte von 2000 Mk., die neu rund 6000 Mk. kostet, zum Preise von 15 000 Mark! Und jetzt betreiben die Christlichen die ganze Verkaufsaffäre. Das ist der Gipfel der Verlogenheit. Die Christlichen sind mit schuld an der Tabaksteuer, an der ganzen Finanzreform. Und solche Gesellschaft gibt noch vor, Arbeiterinteressen zu vertreten!

Daß die Nationalliberalen und die Konservativen die Arbeiterinteressen nicht vertreten wollen, sagen sie selbst. Aber daß die Christlich-Sozialen, die bei der letzten Reichstagswahl in Bielefeld-Wiedenbrück den ärgsten Schachmacher Möller anstatt den Arbeiterkandidaten Severing wählten, noch Arbeiterinteressen vertreten wollen, ist eine gefährlich Irreführung der Arbeiter. Hat doch noch in einer Versammlung am gestrigen Sonnabend in Gilsdau ein Christlicher erklärt, die Christlichen würden überall dort, wo sie von den freien Gewerkschaften nicht anerkannt werden, systematisch Streikbrecher liefern. Ich werde nicht ruhen und rasten, bis der christliche Arbeiterverrat in Ravensberg mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist.

Genosse Schmidt-Herford erklärte, daß die Herforder Gewerkschaftler starkes Interesse an dem weiteren Schicksal der Tabakarbeiter hätten. Auch insofern, daß nicht durch arbeitslose Tabakarbeiter die Löhne der Arbeiter der andern Berufe heruntergedrückt würden. Die Herforder Arbeiterschaft erklärt sich mit dem Vorgehen der Tabakarbeiter einverstanden und wird sie immer unterstützen. Darum möge auch jeder Tabakarbeiter mitwirken im Kampf für die politische Befreiung.

Es wird nunmehr die Petition einstimmig beschlossen. Ferner wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute von über 3000 Personen besuchte Versammlung erkennt in der Sozialdemokratie den einzigen Freund der Tabakarbeiter in Not und Gefahr. Die Versammlung verspricht, alle Kraft einzusetzen, daß bei der nächsten Reichstagswahl die rote Fahne über Herford-Halle aufgezogen wird. Die Versammelten verpflichten sich, soweit sie noch nicht der politischen und gewerkschaftlichen Organisation angehören, den Beitritt sofort zu vollziehen.

Gauleiter Schlichter fordert nochmals in seinem Schlußwort zu politischer Aufklärungsarbeit auf. Der Kampf der Arbeiter ist aber schwer, wenn wir nicht auch die Arbeiterpresse, die Volkswacht, in jedes Arbeiterheim bringen. Auf zu neuen Kämpfen und neuen Siegen!

Die Redner fanden die stürmische Zustimmung der Versammelten, die mit Ruhe in drangvoller Enge die fast drei Stunden dauernde Versammlung aushielten.

Während, daß die Anwesenden das Gehörte auch beherzigen und in die Tat umsetzen, schloß der Vorsitzende die imposant verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Tabakarbeiterverband.

Berichte.

Goch. Am 9. Oktober fand hier eine Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, in der der Verbandsvorsitzende, Kollege Deichmann, über: Die Lage der Tabakindustrie und welche Aufgaben haben die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen für die Zukunft zu erfüllen? referierte. Redner erläuterte zunächst das Arbeitsverhältnis bezüglich der Arbeitszeit und wies nach, daß dieselbe im großen ganzen noch viel zu lange sei. Darum müsse mit aller Macht auf eine Arbeitszeitverkürzung hingewirkt werden. Das werde zwar von den Unternehmern sehr bekämpft, doch würden dieselben nachgeben müssen, wenn das gesamte Proletariat zusammenhält. Redner weist dann auf der Hand von Beispielen nach, daß die Arbeiter durch die Organisation eine Macht sind, mit der die Unternehmer zu rechnen hätten. Redner streift dann die Zoll- und Steuerpolitik und weist nach, wie das gesamte deutsche Volk, insbesondere die Tabakarbeiter, schwer darunter zu leiden hätten. Tausende von Tabakarbeitern seien durch diese Steuer brotlos gemacht worden, und auch jetzt sei noch Arbeitslosigkeit vorhanden. Dieselbe sei momentan nicht mehr so stark, doch werde sie voranschreiten nach Neujahe wieder steigen. Redner kommt dann auf die Lohnverhältnisse zu sprechen und deutete darauf hin, daß die Lohnsätze hier am Niederrhein gegen andere Gegenden bedeutend zurückstehen. Er streifte hierbei die Differenzen bei der Firma Wils. Merrens. Gerade diese Firma zahle nicht die besten Löhne, besonders in Kienzerl und Ruchloch. Dies sei auch der Grund zu den Differenzen. Gerade Herr Merrens hätte es in der Hand, seinen Arbeitern einen besseren Lohn zu geben; doch so seien sie mit wenigen Ausnahmen alle, die Unternehmer, die alle die Arbeiter ausbeuten bis aufs Blut, nur damit ihr Profit nicht geschmälert wird. Redner ging dann auf das Organisationsverhältnis über und stellte die Mitgliederzahl der einzelnen Verbände in der Tabakindustrie auf. Er führte an, daß von der gesamten Tabakarbeiterschaft 25 Prozent organisiert seien. Es wäre besser, wenn diese alle unter einer Fahne marschieren würden, denn dann würde es leichter sein, etwas zu erreichen, weil sie dann kräftiger und geschlossener bestehen würden als jetzt, wo alle in verschiedenen Verbänden

seien. Zum Schluß ermahnte Redner noch die Anwesenden an ihre Pflicht als organisierte Arbeiter, daß sie tüchtig agitieren und treu zum Verbände halten sollten. — Denn — so führte der Redner in seinem Schlußsatz aus — vereint sind wir alles, vereint aber sind wir ein Spielball in den Händen der Unternehmern! — Redner beifall dem dem Redner für seine trefflichen Ausführungen zuteil. Leider war die Versammlung nicht sehr stark besucht. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätten doch alle Kollegen von Goch erscheinen müssen. Doch die Kollegen scheinen dies wohl nicht mehr nötig zu haben, sie denken wohl, daß, wenn sie organisiert seien, sie schon ihrer Pflicht Genüge getan hätten, und Versammlungen besuchen usw. Nebensache sei. Das ist aber falsch. Denn gerade in den Versammlungen müssen wir doch Aufklärung holen über unsere Lage. Was nützt uns die Organisation, wenn wir uns nicht über ihren Zweck informieren! Also auf, Kollegen! Stärkt wieder das Interesse für unsere Sache, besucht die Versammlungen mehr wie bisher und vor allem bezahlt eure Beiträge pünktlich. Agitiert, bis auch der letzte Tabakarbeiter von Goch dem Deutschen Tabakarbeiterverbande beigetreten ist, dann wird auch für uns die Zeit kommen, wo wir mit Stolz auf unsere Zahlstelle blicken und sagen können: Das haben wir durch unsere kräftige Arbeit erreicht.

Geuchelheim. Die Firma Rinn u. Kloss entwickelt sich sehr schnell; wir sehen hier eine beispiellose Konzentration des Kapitals vor uns. In den letzten zwei Jahren hat diese Firma circa 10 Zigarrenfabriken aufgekauft, und dürfte jetzt wohl circa 26 Fabriken besitzen, darunter sind mehrere Fabriken mit über 100, fast nur weiblichen, beschäftigten Arbeitern. Die Zahl der Fabrikanten mit einer Fabrik wird geringer und die „Großen“ werden immer größer. Diese häufen Millionen auf Millionen auf. Es bleibt bloß bedauerlich, daß gerade die Arbeiterinnen von den meisten Orten sich um solche Sachen noch nicht kümmern. Was kümmert sie die Konzentration des Kapitals, was fragen sie danach, welches Unglück es für Hunderte, ja Tausende ihrer Mitmenschen bedeutet, wenn sich das Kapital in immer weniger Hände vereinigt und die große Masse arm und besitzlos wird. Solange das eigene Haus nicht brennt, hat man das Bösen nicht nötig. Aber wenn es so weiter geht, dürfte doch bald die Einsicht überall ihren Einzug halten. Die Herren hatten und haben die Ansicht, daß die Löhne in der Zigarrenindustrie viel zu niedrig sind, aber trotz der rapiden Entwicklung, trotz der enormen Vermehrung ihrer Reichtümer, denken sie nicht daran, den Erzeugern dieser Reichtümer auch nur ein paar Pfennige abzugeben. Im Gegenteil, man führt neue Sorten ein und bezahlt sie noch etwas schlechter; allerdings hat man sich gerade diejenigen ausgesucht, die leider nicht alle werden. Die Arbeiterinnen in allen Orten sollten einmal darüber nachdenken, ob das richtig ist, ob das gerecht ist, ob das der Menschlichkeit entspricht, wenn die Arbeiterinnen vom frühen Morgen bis in die späte Nacht schaffen und immer schaffen müssen und am Jahresfluß kein Kapitalchen erübrigt haben, während die reichen Herren zu ihren Millionen noch weitere hinaulegen können. Deshalb schließt euch in allen Orten zusammen und fordert euer Menschenrecht. Trete alle ein in den Deutschen Tabakarbeiterverband!

Jauer. Am 12. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung im Vereinslokal statt. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe mit folgender Tagesordnung: Abrechnung vom 3. Quartal; Kartellbericht; Wahl eines Mitgliedes zur Fabrikkommission und zweier Delegierten zum Kartell; Beitragserhebung zur Lokalkasse und Verschönerung. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quartal, welche für richtig befunden wurde. Kollege Dieß gab in kurzen Worten den Kartellbericht. Zur Fabrikkommission wurde Kollege Schmedler gewählt. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Ernst Wittig und Eduard Schedler bestimmt. Zur Beitragserhebung zur Lokalkasse wurde beschlossen, für männliche 10 Pf. und für weibliche Mitglieder 5 Pf. pro Monat zu erheben. Anwesend waren 11 Mitglieder des Verbandes. Es ist bedauerlich für eine Zahlstelle wie Jauer, daß von über 200 Tabakarbeitern nur 38 organisiert sind. Da wir hier meistens nur mit weiblichen Arbeitern zu rechnen haben, so ist es eine schwere Arbeit, sie dem Verbände zuzuführen. Die Firma Urban beschäftigt circa 160 Tabakarbeiter. Diese Arbeiter bekümmern sich überhaupt nicht um den Verband; das hat man daraus ersehen, daß ihnen diese Firma im vorigen Jahre auf eine Sorte 1.80 Mark pro Mille abgab. Und sie ließen sich das alles gefallen, und noch während einer Zeit, wo die Steuer-schraube noch fester angezogen wurde. In Klimbimvereinen springen die Tabakarbeiter nur so herum; dazu haben sie Geld, aber für den Verband, der ihre Interessen vertritt, haben sie nichts. Bedenkt, Tabakarbeiter, daß wir schweren Zeiten entgegengehen. Darum, ihr Tabakarbeiter von Jauer, aufgewacht, und tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiterverband, denn er ist nur der alleinige Vertreter eurer Interessen.

Kenzingen (Baden). Hier tagte am 9. Oktober im Jsenburger Hof eine Tabakarbeiterversammlung, in welcher der Gauleiter H. Peisinger über die Lage im Gewerbe und die neuen Ausführungsbestimmungen zur Staatsunterstützung referierte. In seinem 1 1/2stündigen Vortrag legte er die schädigenden Folgen dar, welche die Tabakbesteuerung für die Industrie und die Arbeiter nach sich gezogen hat. Die im Vorjahre angenommene Steuer habe besonders schädlich gewirkt, viele Tausende von Arbeitern seien ihrer Arbeit beraubt und brotlos geworden. Alle diese schädigenden Folgen seien auf das Konto der bürgerlichen Parteien zu setzen, die jederzeit bereit waren, tausende von Erbsenen dem Untergang zu weihen, wenn es sich darum handelte, dem Militarismus zuliebe das Vaterland in Schulden zu bringen. Die Annahme der letzten Steuer falle auf das Schuldkonto der Zentrumspartei. Redner bewies dieses durch eine Rede Erzbergers im Reichstage, worin dieser erklärte, wäre die Tabaksteuer nicht angenommen, dann wäre die Finanzreform gescheitert, und diese wollten wir unter Dach und Fach bringen, deshalb haben wir eine Form gefunden, die die Annahme ermöglichte: die Begrenzung der Unterstützung für geschädigte Tabakarbeiter auf 4 Millionen Mark. Redner bespricht dann das nähere der Unterstützungsanträge der Zentrumspartei, stellt ihnen die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber und führt hierbei den Nachweis, daß die Zentrumsfraktion in der dritten Lesung ihren eigenen Antrag aus der zweiten Lesung zum Nachteil der Tabakarbeiter verschlechtert hat, in welcher Form er dann angenommen wurde. (Allgemeine Entrüstung und Pfui-rufe!) Schon vor der Annahme der begrenzten 4 Millionen sei im Reichstage festgestellt, daß diese Summe bei weitem nicht ausreichte, um die Arbeiter auch nur bei einer Dreiviertel-Entschädigung schadlos zu halten. Der gesamte Einfuhrwert stellte sich im Jahre 1908 auf 132 Millionen Mark (die Erhöhung der Jnlandssteuer mußte nach dem angegebenen Tabakbau 3 Millionen Mark bringen. Die 40prozentige Verzinsungslage für bei eingeführtem Tabak mühte demnach eine Einnahme für das Reich

aus Tabak und Tabakerzeugnisse von 58 Millionen Mark im Jahre ergeben; die Regierung rechnete aber nur mit 43 Millionen, ebenso die steuerbewilligenden Parteien. Man erwartete 12 Prozent Mindereinnahme wegen Konsumrückgang; Arbeitsbedingte wieder einen Ueberschuß von circa 28 000 Arbeitskräften und bedingte wieder einen Ueberschuß von circa 28 000 Arbeitskräften und bringe, unter Zugrundelegung von 602 Mark Jahresdurchschnittsverdienst des einzelnen, einen Gesamtlohnaußfall im Jahre von ca. 18 Millionen Mark. Hätte man daher die Tabakarbeiter wenigstens für ¼ deselben Entschädigung gewähren wollen, so wären 10½ Millionen Mark schon unbedingt notwendig gewesen! Die Reichsregierung und der Bundesrat wollen jetzt nichts von einer rechtlich begründeten Unterstützung mehr wissen und berufen sich darauf, daß die begrenzte Summe von 4 Millionen Mark aufgebraucht sei. Am 1. Oktober habe daher die Unterstützung für ledige männliche und weibliche Arbeiter aufgehört, und am 3. Dezember dieses Jahres solle dieselbe auch für Verheiratete aufhören. Die Mehrheitsparteien würden sich aller Wahrscheinlichkeit nach dieser Ansicht anschließen, da bleibe den Arbeitern nur das Mittel der Selbsthilfe. Diese beruhe aber auf dem Zusammenschluß der Arbeitermassen im Tabakgewerbe; man müsse sich jetzt dem Deutschen Tabakarbeiterverband anschließen, nur so könne man seine Interessen wahren und schützen. Redner erläutert dann Zweck und Nutzen des Verbandes unter Heranziehung der Statuten und fordert zum Eintritt auf. Dieser Aufforderung kamen einige Kollegen und Kolleginnen nach, indem sie gleich Eintrittsgeld und Beiträge zahlten.

Gelbern. Die heutige Mitgliederversammlung war gut besucht. Als Referent war Kollege und Verbandsvorsitzender Reichmann erschienen. Er verstand es ausgezeichnet, die Mitglieder an seinen Vortrag zu fesseln. Er legte ihnen erst unsere Wirtschaftspolitik dar. Dann betonte er, wie die Unternehmer sich vereinen, um mehr Profit zu erzielen. Die Arbeiter hätten ihrerseits nur auch die Pflicht, sich der Organisation anzuschließen, damit sie auch vereint den Fabrikanten entgegenzutreten könnten, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Für uns käme der Deutsche Tabakarbeiterverband in Frage. Sämtliche Mitglieder sollten die Nichtorganisierten heranziehen zur Organisation. Dann erwähnte er noch die Lohnbewegung bei der Firma M. Mertens in Cleve. Sie allein müsse schon ein Ansporn sein, sich dem Verbands anzuschließen. Reicher Beifall lobte den Referenten nach seinem Vortrage. Der 1. Bevollmächtigte gab noch einige dringliche Verhältnisse bekannt, worauf der Referent noch ein Schlusswort hielt. Die Versammlung wurde vom 1. Bevollmächtigten mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Zachen (Pfalz). Am 16. Oktober fand hier eine den Ortsverhältnissen entsprechend gut besuchte öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Gauleiter Stod referierte über das Thema: Die Tabakarbeiter im Kampfe um bessere Arbeitsverhältnisse. Die Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. Ihre Wirkungen zeigten sich um so mehr, als 10 Aufnahmen für den Verband gemacht wurden. Die Zahlstelle, so scheint es, hebt sich wieder, neue Begeisterung zieht in die Reihen der Tabakarbeiter ein. Arbeiten wir so weiter, so werden wir auch dann auf unserer früheren Höhe wieder anlangen. Beherzigen wir die Worte, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mitarbeiter mit uns im Verband vereinigt ist. Auf, an die Werarbeit, es tut bitter not!

Neckarelz. Am 9. Oktober fand im Gasthaus zur Alpenrose in Neckarelz Mitgliederversammlung statt, zu der auch Kollege Gauleiter Stod-Heidelberg erschienen war. Tagesordnung war: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Bericht von der Gauleiterkonferenz; 3. Was hat der Deutsche Tabakarbeiterverband für die Tabakarbeiter geleistet. Referent: Gauleiter Stod-Heidelberg. Die beiden ersten Punkte waren bald erledigt, dann nahm zum 3. Punkt Gauleiter Stod das Wort. Er führte an, wie sich die Tabakindustrie entwickelte und so auch sich die Tabakarbeiter von Anfang an zusammenschlossen. Als aber die Jahre 1878 und 1879 kamen, da gab es eine Verringerung in der Branche infolge des Zolltarifs, Tausende mußten damals schon einen anderen Erwerb ergreifen, und viele mußten auswandern, das waren Folgen der Tabaksteuer. Und so ging es die ganze Zeit fort, nichts als Kampf und wieder Kampf haben wir die ganze Zeit durchzufechten gehabt. Erst das letzte Jahr hat uns Tabakarbeiter wieder geeicht, wie früher uns die neue Tabaksteuer getroffen hat. Am Schlusse erwähnte er die Kollegen und Kolleginnen, immer zu agitieren und unsern Verbande neue Mitglieder zuzuführen. Reicher Beifall lobte den Redner. In der Diskussion wurde noch die Frage angeschnitten, wie man die Kollegen von Hochhausen und Lohrbach gewinnen kann. Dann dankte der 1. Bevollmächtigte Emmert dem Redner für seine lehrreichen Worte mit dem Wunsch, unsern Gauleiter recht bald wieder zu hören und zwar in Hochhausen in einer öffentlichen Versammlung, was er auch versprach. Unsern Kollegen von Hochhausen möchten wir zusehen, geht erneut an Werk und agitiert bis zur nächsten Versammlung, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Nordhausen. (Staatsverhaltende Geschehnisse.) Am vorigen Sonnabend spielten sich im Betriebe der Firma Grimm u. Triepel Dinge ab, die ein recht eigenartiges Bild auf die diesem Betriebe vorstehenden Personen werfen. Bekanntlich dürfen am Sonnabend alle in den Tabakfabriken beschäftigten Arbeiterinnen nur acht Stunden arbeiten. Als nun am genannten Tage die Vorlegerinnen dieses Betriebes gegen 4 Uhr mit dem Reinigen der Tassen und Kaspeln sowie Scheuern ihres Arbeitsplatzes fertig waren, forderte der Aufsicher Moser von ihnen, daß sie noch einen größeren freien Platz scheuern sollten. Dies lehnten sie mit voller Berechtigung ab und wiesen darauf hin, daß ihre gesetzliche und bezahlte Arbeitszeit um 3½ Uhr zu Ende sei. In diesem Augenblicke glaubte nun jedermann, der ehemalige, für Frauenschuß und Arbeiterrecht kämpfende „Kollege“ Moser, daß jetzt die Zeit gekommen sei, seine Autorität einmal sehen lassen zu können und herrschte die Vorlegerinnen an, „ihre müht scheuern, was ich sage, muß gemacht werden.“ Aber auch diese Worte, die mit der ganzen Wucht seines Organs herausgeschleudert wurden, verfehlten ihren Zweck und ihre Wirkung war gleich Null. Die Arbeiterinnen wollten ihre gesetzliche zulässige Arbeitszeit einhalten und den Betrieb verlassen. Wer aber glaubte, daß nun die Angelegenheit erledigt sei, der irrte. Jetzt wurde der wegen seiner überaus großen „Arbeiterfreundlichkeit“ bekannte Herr Fritz Kruse geholt, der die Ordnung wieder herstellen sollte. In seiner bekannten Manier schrie dieser die Vorlegerinnen nun ebenfalls an: „Was ich befehle, müßt ihr tun!“ Er bestimmte vier Arbeiterinnen, die scheuern sollten. Als aber auch diese sich nicht herbeiliessen, Arbeiten zu verrichten, für die sie keine Bezahlung bekommen, drohte dieser Herr damit, daß diejenigen Arbeiterinnen, die nicht scheuerten, ihren Lohn von der vergangenen Woche nicht ausbezahlt erhielten. Einer Arbeiterin — einer allein stehenden Frau mit zwei Kindern — wurde auch tatsächlich kein Lohn ausbezahlt. Als der schneidige, mit der Gewerbeordnung auf dem Kriegsfuß stehende Herr einsah, daß auch dieses Mittel nicht zog, durften um 4½ Uhr die Vorlegerinnen die Fabrikräume endlich verlassen.

Daß das Arbeitsverhältnis, sowie die Behandlung der Arbeiter bei der Firma Grimm u. Triepel alles andre, nur kein gutes ist, ist in letzter Zeit des öfteren nachgewiesen worden. Daß die Inhaber aber in ihrer staatsverhaltenden, patriotischen Gefinnung so weit gingen, gesetzliche Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen dieses von ihnen ständig verherrlichten Staates so achtlos beiseite zu schieben, war nicht so bekannt, wie es durch dieses Vorkommnis jetzt ist.

Was wird dazu wohl die Gewerbeinspektion sagen?

Rußloch. (Die Lohnbewegung in Rußloch und die Stellung der Einwohner.) Nachdem bei der Firma Mertens (Cleve) die Arbeiter der Filiale in Rußloch nach langem Warten auf Zugeständnisse die Kündigung eingereicht und am 8. Oktober von 170 Arbeitern 164 die Arbeit niedergelegt hatten, stehen sie nun eine Woche im Kampfe. Die Helfer des Herrn Mertens geben sich alle erdenkliche Mühe, sich von der Sache zurückzuziehen, um gleichzeitig auf den Ortshaupten die Sache nach Filialen fortzuführen. Aber sie finden keine, kein Mensch will den schlechtbezahlten Arbeitern in den Rücken fallen. In einem Flugblatt, das in Rußloch verbreitet wurde, legen die Ausständigen der Einwohnerschaft ihre Forderungen und ihr Vorgehen genau auseinander, und machen gleichzeitig auf eine öffentliche Volksversammlung aufmerksam, die am 17. Oktober stattfand und in der die gesamte Einwohnerschaft urteilen sollte, welches Gebahren richtig sei. Die Versammlung hat gesagt und war eine Demonstration der gesamten Einwohnerschaft gegen das Handeln des Herrn Mertens. In dem großen Saale zur Pfalz drängten sich die Besucher eng zusammen, viele konnten keinen Sitzplatz mehr finden; über 500 Besucher aus einem Orte, der circa 3000 Seelen hat! Der Bürgermeister, die Gemeinderäte, alles war zur Einladung gefolgt. Solch eine Versammlung war noch selten in Rußloch, ein Beweis, daß das Interesse an dem Kampfe ein großes ist.

Der Sekretär des christlichen Verbands berichtete über den ganzen Vorgang der Lohnforderung bis zum Ausbruch des Streiks. Er betonte ganz besonders, daß die Arbeiter unter allen Umständen den Frieden wollten, alle Verhandlungen aber an der schroffen Ablehnung der Forderungen gescheitert seien. Er machte die Mitteilung, daß sich die Arbeiter in Meusel, Goch und Cleve dem Vorgehen in Rußloch angeschlossen haben.

Der Sekretär des Gewerbevereins berichtete kurz über die Vorfälle, die der Firma auf der Suche nach Filialen begegnet sind, und die Aussprüche des Herrn Lehrers, des Schwelgerlehns des Werkführers Neff.

Gauleiter Stod sprach über die Lage der Tabakarbeiter im allgemeinen und zeigt, wie gerade die Krankheits- und Sterblichkeitsziffer bei den Arbeitern unserer Industrie den Durchschnittsprozentsatz weit übersteigt, was er durch statistisches Material belegt. Er erwähnte, daß wohl viele Vorträge gehalten werden zum Sänglings- und Mutterschutz, wie alles in diesen Vorträgen gesagt werde, nur das eine nicht, daß die Verelendung der Massen durch fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise und Verschneidung des Einkommens die Hauptursache an diesem traurigen Zustand ist. Der Durchschnittslohn eines Tabakarbeiters sei um 800 Mark geringer, als der Gesamt Durchschnittslohn. Daß die Fabrikanten nicht mehr Lohn zahlen könnten, sei nicht richtig, das beweisen die Löhne der Arbeiter in den Genossenschaften. Die Fabrikanten haben sich nicht zusammengeschlossen, um die starke Konkurrenz zu mildern, sondern um die armen Teufel im Tabakgewerbe im Stich zu lassen. Unsere Aufgabe sei unablässiges Wirken für die Organisation, um diesem Zusammenschluß wirksam entgegenzutreten zu können. Er kam dann auf die Bewegung von Rußloch und betonte dabei, daß bei Lohnforderungen der Arbeiter auch die gesellschaftliche Vorteile hätten, da bei höheren Löhnen mehr umgelegt werde, es sei deshalb ihre Pflicht, die Arbeiter zu unterstützen. — Die Ausführungen wurden sämtlich durch stürmischen Beifall belohnt.

In der Diskussion meldete sich ein Herr Student Neff zum Wort, der Sohn des Werkführers und Schwager des Herrn Lehrers, der sich so übel vergangen. Er erklärte, er müsse seine Familie in Schutz nehmen, da die Redner behaupteten, sein Schwager hätte auf der Suche nach Streikbrechern den Auspruch in Diehlheim getan: „die wollen streiken, die werden sich verbluten“; das glaube er von seinem Schwager nicht; nach Diehlheim sei dieser lediglich gegangen, weil er vorher noch nie dort gewesen sei. Gauleiter Stod setzte dem Studentus in humoristischen Worten unter dem stürmischen Beifall der Versammlung auseinander, daß es im Grunde genommen gleichgültig sei, ob sein Schwager gesagt habe, „verbluten“ oder „denen wird es geben“, das gebe ihm kein Recht zur Verteidigung. Von einem Erzähler der Volksdörfer verlange man mehr Einsicht, zumal man wohl annehmen könne, daß er auch manchmal sehr, daß das Frühstück sehr knapp ist und die Bücher nicht regelrecht angeschafft werden können, weil es in der Kasse des Vaters Ebbe geworden. Er hat sich in Diehlheim bei seinem zu einem unangenehmen Zweck vorgenommenen Besuche eine gründliche Schlappe geholt und mag sich damit zufrieden geben.

Eine Resolution, die den im Kampf stehenden Arbeitern volle Sympathie ausdrückt, fand einstimmige Annahme. Zum Schluß erklärte noch ein Schuhhändler, daß er dem Sortierer (Streikbrecher), der bei ihm logierte, nachdem er wisse, wie die Sache stehe, morgen wieder den Auspaß geben werde. So urteilt die Einwohnerschaft von Rußloch, und die Streikenden stärkt die Zuversicht immer mehr, daß das Recht auf ihrer Seite ist und daß sie daher kämpfen müssen, bis eine Einigung erzielt ist. Auch in Süddeutschland wird es unter den Tabakarbeitern Tag.

Dagersheim. Am 8. Oktober fand im Lokal von Schmidt eine Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Abrechnung vom Gauleiter Chr. Stod und den Kontrolluren geprüft und für richtig befunden worden war, wurde sie vom zweiten Bevollmächtigten verlesen. Aus ihr ergab sich eine Einnahme von 283,28 Mark, eine Ausgabe von 157,92 Mark, mithin ein Restbestand von 125,36 Mark. Alsdann hielt der Gauleiter einen Vortrag über die Geschichte der Tabakarbeiter, und verstand es, in seinem 14stündigen Vortrag durch seine klaren Ausführungen die Anwesenden zu fesseln, so daß ihm am Schluß seiner lehrreichen Ausführungen reicher Beifall gesollt wurde. Es wurden noch einige interne Angelegenheiten geregelt und dann die Versammlung geschlossen.

Potsdam. Am 9. Oktober fand im Verkehrslokal unsere Mitgliederversammlung statt. Diejenigen Kollegen, die in derselben anwesend waren, mußten notgedrungen denken, in Potsdam gibt es keine Tabakarbeiter mehr; denn der Besuch spottete jeder Beschreibung. Die Zahlstelle Potsdam zählt 32 Mitglieder, von diesen wohnen in Potsdam 24, Rommewes 3, Kaputh 5. Von diesen Kollegen waren nun am 9. Oktober sage und schreibe fünf Mann erschienen. Kollegen und Kolleginnen! Sind denn die Verhältnisse hier so rosig? Haben die Kollegen denn überhaupt noch Interesse am Verband? Ach muß diese Fragen leider verneinen. Die Tarifbewegung ist ja im wesentlichen zu Ende. Bei allen Fabrikanten, mit einer Ausnahme, wurde die Anerkennung des Tarifs durchgesetzt. Aber dennoch sind die Verhältnisse nicht so rosig, daß die Kollegen nun vielleicht denken, daß nun alle Sorgen vorbei sind. Oder doch? Nach dem letzten Versammlungsbesuch zu schließen, leben ja die Tabakarbeiter von Potsdam wie „Gott in Frankreich“. Aber dazu gehört mehr. Wir haben nicht nur allein unsere Interessen den Fabrikanten gegenüber zu vertreten, nein, in den Reihen der organisierten Arbeiter haben wir sogar noch Gegner. Und das ist das allerschmerzhafteste. Als unsere Bevollmächtigten bei dem Potsdamer Gewerkschaftsartell um Zustimmung zum Ausbause des bekannten Plakats ersuchten, da erhob ein tonangebender Genosse Widerspruch gegen den Ausbause. Dieser Genosse ist nämlich selbst Zigarrenhändler. Er wäre durch den Ausbause nämlich gezwungen, Farbe zu bekennen, von wo er seine Zigarren bezieht. Trotz der Zustimmung zum Ausbause, hat sich dieser Genosse noch nicht um ein Plakat beworben. Eine dreifache Unwahrheit leistete sich der Meister der Firma Klauke in Kaputh. In der letzten Versammlung wurde von einem Kaputher Kollegen eine Anerkennung dieses Meisters, Harms mit Namen, vorgebracht. Danach hatte der Fabrikant Klauke eine Unterredung mit einer Vertrauensperson von Kaputh, in der Klauke gefragt wurde, ob er denn nicht den arbeitslosen Kollegen E. einstellen könne. Als Klauke verneinte, sollte ihm gesagt worden sein, „na, geht

es denn nicht, wenn ihr einen abschließt, es braucht ja nicht so aufzufallen.“ Die angestellten Erfindungen ergaben, daß die Kaputher Vertrauensperson Klauke nur gefragt hat, ob er E. nicht einstellen könne. Alles andre ist nicht wahr. Hoffentlich reden die Kaputher mit Harms dieserhalb noch ein Wortchen. Harms war früher Mitglied des Verbands. Auf die Frage, warum er austräte, sagte er, die Zigarrenmacher würden ihn, wenn er Mitglied bliebe, als Meister nicht respektieren. Um diesem Treiben ein Ziel zu setzen, ist es notwendig, daß die Kollegen alle Hand in Hand für unsere Sache wirken, damit in Potsdam geregelte Zustände eintreten. Als vor Jahresfrist die Tarifbewegung einsetzte, hatten wir auch eine Versammlung. Diese war leidlich besucht. Seitdem aber nahm der Besuch der Versammlungen immer mehr und mehr ab. Wenn man dagegen den Besuch der Versammlungen des sogenannten Kanonenklubs, dieser losen Vereinigung, in der jeder Streik dreigekreien wird, in der die Beschlüsse der Versammlung und das Verhalten des Verbands kritisiert wird, entgegengesetzt, so muß man sagen, daß viele Potsdamer Kollegen eher Interesse für Klauke, als für etwas anderes haben. Es war damals die Zeit, wo verschledene Kollegen arbeitslos wurden infolge der Tabaksteuer. Als es da hieß, Darlehn zu holen, da sah man sie alle. Aber nachher waren sie wieder verschwunden. Ein Mitglied hatte über 50 Mark Darlehn erhalten. An das Zurückzahlen wird es wohl erst am 30. Februar denken. Seitdem hat man von dem Mitglied nichts mehr gehört. Gefährten wurden die Kolleginnen Hofmeister, Sommer und Schnelbereit. Letztere war Mitglied seit 1891. Der schönste ist der Kollege Schmidt aus Kaputh. Er wurde nämlich in diesem Jahre zweimal wegen Restes gestrichen. Wenn sich die Kollegen diese Tatsachen vor Augen halten, so müßte ihnen die Scham ins Gesicht steigen, zumal sie allen Grund haben, sich ihrer Haut zu wehren. Alle die Kollegen, die sich noch ihrer Pflicht als moderner Arbeiter bewußt sind, müßten es als Ehrenpflicht betrachten, in Wort oder Schrift für den Deutschen Tabakarbeiterverband, für die moderne Arbeiterbewegung zu wirken.

Schmölln (S.-A.). Am 18. August 1909 legten die hiesigen Tabakarbeiter ihren Fabrikanten den vom Verbands ausgegebenen Minimallohntarif vor mit dem Ersuchen, bei Regulierung der Zigarrenpreise, welche durch das neue Tabaksteuergesetz vom 15. Juli 1909 sowie vorgenommen werden mußten, auch die Lohnverhältnisse der hiesigen Tabakarbeiter mit zu bedenken und die Arbeitslöhne den innerwährend steigenden Lebensmittelpreisen entsprechend etwas aufzubessern. Die hiesigen Fabrikanten schienen aber die bestehenden Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter in einem sehr glänzenden Lichte anzusehen, denn sie hielten es nicht einmal der Mühe wert, den Arbeitern auf ihre Gesuche zu antworten. Die durch das neue Tabaksteuergesetz entstandene Arbeitslosigkeit und die überall bestehenden schlechten Geschäftslagen in der Industrie berückichtigten die hiesigen Tabakarbeiter und sie haben demzufolge über ein ganzes Jahr geduldet angescharrt und auf die Antwort der Fabrikanten auf die eingereichten Lohnanträge gewartet. Nun sind aber sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen des Wartens müde und haben am 1. Oktober dieses Jahres einen neuen, den hiesigen Verhältnissen entsprechenden Lohnantrag ausgearbeitet und den Fabrikanten vorgelegt. Darauf ist von zwei Firmen (Gebr. Britzke sowie Emil Seifarth) eine Lohnaufbesserung zugesagt worden, die der reine Lohn ist; denn durch die Lohnerhöhung beträgt der Arbeitsverdienst kaum 50 bis 60 Pfg. pro Woche mehr. Die Firma Emil Walter hat es überhaupt nicht für nötig gehalten, zu antworten. Daraufhin haben nun sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der genannten Firma, circa 150 an der Zahl, am 7. Oktober ihre Kündigung eingereicht. Es werden deshalb alle Tabakarbeiter ersucht, den Zugang nach Schmölln fernzuhalten.

Schwerin a. M. Am 12. Oktober fand eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung a) des Verbands, b) der Volkstafel; 2. Kartellbericht; 3. Beschlußfassung über ein Stiftungsgeld; 4. Anträge; 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 wurden die Abrechnungen beider Kassen, welche von den Kontrolluren geprüft und für richtig befunden wurden, verlesen. Zu Punkt 2 gab Kollege Martins einen ausführlichen Bericht. Unter anderm führte er an, daß der geplante Konsumverein mangels an Mitgliedern nicht zustande gekommen wäre. Zu Punkt 3 wurde das diesjährige Stiftungsgeld beschlossen. Alle näheren Bestimmungen darüber wurden der Kommission, welche gleichzeitig gewählt wurde, überlassen. Diese Kommission besteht aus 5 Mitgliedern und zwar aus den Kollegen Bod, Schleichner, Martins, Neumann und Alsch. Zu Punkt 4 wurden folgende Anträge gestellt: Lokalverlegung, Einführung der Monatsversammlungen und Unterstützung an durchreisende Mitglieder, welche vollberechtigt sind, aber keine Unterstützung mehr beziehen können. Alle Anträge wurden angenommen. Das Kartell wurde nach der Landsberger Straße, bei Einus Strehmel, verlegt. Begründung: Zimmer der geleglichen Vorrichtung nicht vorrückschmähig. Unterstützung wurde gewährt aus der Ortslokalasse in der Höhe von 35 Pfg. Zu Punkt 5 wurden einzelne Punkte nochmals besprochen und kritisiert, dann nahm Kollege Martins das Schlusswort, worin er betonte, daß die Monatsversammlungen doch rege besucht werden sollten.

Stein. Am 16. Oktober fand hier eine Tabakarbeiterversammlung statt. In einem 1½stündigen Vortrage sprach Gauleiter Sch n e l l über: Die gegenwärtige Lage in der Tabakindustrie und über Zweck und Nutzen der Organisation. Ueberzeugend wies der Redner die Schäden der Tabaksteuer nach; kein anderer Verursacher habe so schwer zu leiden, deshalb müßten allen Kollegen und Kolleginnen die Augen aufgehen. Arbeiten und genießen muß unsere Parole sein. Arbeit und Brot muß jedem gewährt werden. Ferner zeigte der Redner, wie man durch Einigkeit etwas erreichen könne. Der Grundlag Einigkeit macht stark! habe noch zu jeder Zeit seine Festigung gefunden. Man sollte deshalb Solidarität üben und sich gegenseitig helfen, damit jeder als Mensch leben kann. Alle Anwesenden waren mit dem Redner einverstanden, was auch der Erfolg bewiesen hat; denn fast alle traten dem Verbands sofort bei, so daß eine Zahlstelle mit 30 Mitgliedern sofort gegründet wurde. Die Kollegen und Kolleginnen sind fest entschlossen, Stand zu halten. Die Feuerung treibt uns alle aufwachen.

Trebbin. In der letzten stattgehabten Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle war leider ein ganz schlechter Besuch zu verzeichnen, welcher uns veranlaßt, an dieser Stelle einiges über die Verhandlungen wiederzugeben. Nachdem die Punkte, die zumeist die Verwaltung betrafen, ihre Erledigung gefunden hatten, kam man zum Punkt Gewerkschaftliches. Hier wurde u. a. auch das „gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber, welches seit längerer Zeit des öfteren hier beobachtet werden konnte, in Erwähnung gebracht. Dieses sogenannte gute Einvernehmen scheint aber in den fraglichen Betrieben für die Kollegenschaft nicht zu einer Verbesserung ihrer Wirtschaftslage zu führen, trotz der stattgehabten Fabrikantenfestlichkeiten. Die Kolleginnen und Kollegen täten besser daran, solche Sachen nicht zu sehr einreihen zu lassen. Daß es an der Zeit ist, endlich damit aufzuräumen, beweist der jüngst vorgekommene Fall auf der Schürigischen Fabrik. Dort stellte der Meister, welcher erst einige Monate den Betrieb führt, an seine ihm unterstellten Arbeiter das Ersuchen, anlässlich des 40jährigen Geschäftsjubiläums dieser Firma pro Arbeiter 3 Mark, sage und schreibe drei Mark, zu opfern, um für dieses gesammelte Geld ein dementsprechendes Geschenk zu spendieren. Dem wurde ohne jede Widerrede Folge geleistet. Es hat sich hinterher herausgestellt, daß der Anreger über 100 Mark bekommen hat, um sein lässliches Werk zu Ende zu führen. Wir glauben, daß Herr Schurig selbst diesen Beitrag für übertrieben hält. Die Kol-

beginnen aber, die solche Summen aufbringen, mühten sich eines Besseren befennen und sagen, wenn nun einmal der Gelegenheits nicht aus dem Wege zu gehen ist, dann tun wir je nach den Verhältnissen unsere Pflicht. Aber 3 Mark und mehr zu opfern, ist nicht im Einklang mit unsern Löhnen zu bringen. Nehmen wir einmal an, es bricht ein schwerer Kampf innerhalb der Arbeiterschaft irgendwo aus, und es werden, um den Kampf nicht zu verlieren, Sammelkassen ausgegeben. Ob dann die Kolleginnen und Kollegen solchen Opfermut zeigen würden? Wir bezweifeln das ganz entschieden. Andererseits beweist ja der schlechte Besuchsbesuch der Mitglieder schon, in welchem Fahrwasser sich die Kollegenschaft befindet, in welcher Weise sie ihre Interessen wahrnimmt. Da spricht man dann: Wir haben keine Zeit und kein Geld. Gibt es jedoch etwa nicht zu bedenken, wenn gewisse Fabrikanten nach weiblichen Arbeitskräften annonciieren? Das geschieht doch nur aus Vorteilsgründen, um billige und willfähige Arbeiter zu haben, aus denen sich leichter Profit ziehen läßt. Es ist bei solchen Fabrikanten aber hierorts ständiger Brauch, männliche Arbeiter abzuschreiben, nachdem sie ausgeliefert haben. Bedenkt das, Kollegen.

Ergebnis. Am 3. Oktober fand hier eine Betriebsversammlung von den Arbeitern der Firma Wernel im Beisein des Gauleiters statt. In derselben wurde eine Lohnabelle aufgestellt und dem Gauleiter übergeben, welcher sie der Firma unterbreitete. Nachdem Herr Wernel die Tabelle (briefflich) erhalten hatte, ließ er die auf derselben unterzeichnete Lohnkommission zu sich kommen und verhandelte über die gestellten Forderungen der Arbeiter mit der Kommission. Erzielt wurde eine Erhöhung des Minimallohns der Rollen von 4.75 Mark auf 5.25 Mark pro Mille. Bei den übrigen Sorten erfolgte eine Zulage bis 75 Pfg. pro Mille. Für Vorstenlandende erfolgt außerdem ein Zuschlag von 50 Pfg. pro Mille; für Brasil- und Mexikodecke ein Zuschlag von 1.50 Mark pro Mille. Die Wickelmacher erhielten auf vier Sorten 25 Pfg., auf sechs Sorten 50 Pfg., und auf vier Sorten 70 Pfg. pro Mille, außerdem Wegfall des Umblattprämienystems. Diese Erfolge wurden noch denselben Abend bekanntgegeben und auch von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Lohnkommission wurde noch beauftragt, am andern Morgen Herrn Wernel von der Annahme in Kenntnis zu setzen, das geschah auch. Ganz erstaunt war die Kommission über das heutige Auftreten ihres Chefs gegenüber der ersten Verhandlung, welche sehr ruhig und sachlich geführt wurde. Aber bald kam Aufklärung darüber. Herr Wernel meinte zu den Kommissionsmitgliedern, was das heißen solle, daß sie ihm die Zähne hätten zeigen wollen und wie sie sich sonst noch ausgelassen haben sollen in der Versammlung. Kollege Thiel erwiderte Herrn Wernel, daß er da wohl nicht richtig unterrichtet wurde und meinte, daß das Ihnen wohl die Frau Hängchen hinterbracht? Darauf Herr Wernel prompt antwortete: Jawohl, die hat es mir erzählt; Ihr seid nur gehässig auf die Leute, weil sie nicht im Verband sind. Sofort konnten wir diese Aufklärung ihrer Unwahrheiten überführen und Herrn Wernel die Mitteilung machen, daß Hängchen mit seiner Frau bis zum heutigen Datum noch im Verbande sind. Darauf wurde er ruhig und mochte wohl doch der Verleumdung nicht soviel Glauben beimessen. Er entließ darauf die Kommission, wieder an ihre Arbeit zu gehen und für Ruhe zu sorgen, damit endlich einmal die Sticheleien und Zankereien untereinander ein Ende nehmen. Denselben Abend noch befristete sich nochmals eine Betriebsversammlung im Beisein des Gauleiters mit dieser Angelegenheit, und es wäre beinahe zur Arbeitsniederlegung gekommen, wenn Hängchen und Frau nicht aus dem Betriebe herausstiegen. Gauleiter Klement ermahnte aber die Anwesenden, gerade im jetzigen Augenblick davon abzusehen, um ins die errungene Lohnzulage nicht durch derartige Elemente wieder illusorisch machen zu lassen, denn das sei wohl nur der Hauptzweck ihrer Verleumdungen gewesen. Die Versammlung beschloß, vorläufig davon abzusehen und nahm einstimmig den Ausschluß des Hängchen und Frau aus dem Verbande an, welcher sofort beim Vorstande beantragt wurde. Die Versammlung sprach noch ihr Mißtrauen darüber aus, daß Kollegen wie Hängchen und Frau, die jahrgeltetang organisiert waren, jetzt auf einmal zu Verrätern ihrer Mitarbeiter werden konnten. Einzig nur hat Hängchen und Frau uns noch erwiesen, indem sie uns durch ihre Botschaft noch die letzten vier Unorganisierten dem Verbande zugeführt haben, so daß jetzt in Trebnitz sämtliche Tabakarbeiter, außer den beiden oben erwähnten, im Deutschen Tabakarbeiterverbande organisiert sind.

Waldheim. Am 3. Oktober wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung abgehalten; sie war ziemlich gut besucht. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal 1910; 2. Anstellung und Wahl eines Geschäftsführers für die Zahlstelle Waldheim; 3. Gründung einer Lokalfiliale; 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 berichtete Kollege G. Schirmer. Die Einnahme belief sich auf 1831.74 Mk., die Ausgabe auf 1729.84 Mk., Kassenbestand 101.90 Mk. Zu Punkt 2 referierte Gauleiter D. Wenzel. Er gab in längeren Ausführungen einen Überblick über die Vorteile, die die Anstellung eines Geschäftsführers für die hiesige Zahlstelle bedeutet. Nachdem eine kurze Diskussion stattgefunden hatte, wurde zur Wahl geschritten. Sämtliche Anwesende stimmten für Anstellung eines Geschäftsführers, dann wurde einstimmig der Kollege Richard Rasch gewählt. Zu Punkt 3 wurde die Gründung einer Lokalfiliale gegen eine Stimme angenommen. Als Beitrag sind pro Mitglied monatlich 10 Pfg. zu entrichten. Zu Punkt 5 gibt Kollege Rasch den Kartellbericht. Es findet in nächster Zeit ein Unterrichtskursus statt. Die Beteiligung daran kostet pro Mann 1 Mk. Das Gewerkschaftsfest hat mit einem Ueberschuß von 281.82 Mk. abgeschlossen. In letzter Zeit ist die Gewerkschaftsbibliothek bedeutend vergrößert worden und wird allen empfohlen, recht regen Gebrauch davon zu machen.

Verte Kollegen und Kolleginnen! Nachdem die am 3. Oktober d. J. stattgefundene Mitgliederversammlung einstimmig die Anstellung eines Geschäftsführers für die Zahlstelle Waldheim und deren Bezirk beschloß und den bisherigen Bevollmächtigten, Richard Rasch, als Geschäftsführer gewählt hat, geben wir bekannt, daß diese Einrichtung mit dem 15. Oktober d. J. in Kraft tritt. Von diesem Tage an werden alle Verbandangelegenheiten, Meldungen der Mitglieder bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. nur in dem Bureau des Gewerkschaftskartells, Gärtelstraße 9, part., erledigt. Wir nehmen dieses Bureau bis auf weiteres mit in Benutzung und ist dasselbe für alle unsere Mitglieder jeden Wochentag von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1/2 Uhr geöffnet.

Waldheim. Am 3. Oktober wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung abgehalten; sie war ziemlich gut besucht. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal 1910; 2. Anstellung und Wahl eines Geschäftsführers für die Zahlstelle Waldheim; 3. Gründung einer Lokalfiliale; 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 berichtete Kollege G. Schirmer. Die Einnahme belief sich auf 1831.74 Mk., die Ausgabe auf 1729.84 Mk., Kassenbestand 101.90 Mk. Zu Punkt 2 referierte Gauleiter D. Wenzel. Er gab in längeren Ausführungen einen Überblick über die Vorteile, die die Anstellung eines Geschäftsführers für die hiesige Zahlstelle bedeutet. Nachdem eine kurze Diskussion stattgefunden hatte, wurde zur Wahl geschritten. Sämtliche Anwesende stimmten für Anstellung eines Geschäftsführers, dann wurde einstimmig der Kollege Richard Rasch gewählt. Zu Punkt 3 wurde die Gründung einer Lokalfiliale gegen eine Stimme angenommen. Als Beitrag sind pro Mitglied monatlich 10 Pfg. zu entrichten. Zu Punkt 5 gibt Kollege Rasch den Kartellbericht. Es findet in nächster Zeit ein Unterrichtskursus statt. Die Beteiligung daran kostet pro Mann 1 Mk. Das Gewerkschaftsfest hat mit einem Ueberschuß von 281.82 Mk. abgeschlossen. In letzter Zeit ist die Gewerkschaftsbibliothek bedeutend vergrößert worden und wird allen empfohlen, recht regen Gebrauch davon zu machen.

öffnet. Die Auszahlung aller Unterstützungen erfolgt jedoch nur Sonntags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1/2 Uhr in demselben Lokal. Wir bitten unsere Mitglieder, dies zu beachten und von dieser Neueinrichtung regen Gebrauch machen zu wollen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß durch Beschluß derselben Mitgliederversammlung vom 1. Januar 1911 an der Lokalbeitrag eingeführt wird. Derselbe beträgt unter Wegfall des bisherigen Kartellbeitrages pro Mitglied und Monat 10 Pfg. Auch in dieser Angelegenheit bitten wir um freundliche Aufnahme des Beschlusses, um so mehr, als diese Beiträge zum Wohle und Nutzen unserer Mitglieder am Orte Verwendung finden sollen.

Wesel. Am 13. Oktober fanden Verhandlungen statt mit dem Vorstand des Niederrheinischen Fabrikantenverbandes und den Vertretern der beiden Arbeiterorganisationen über die Lohnbewegung bei der Firma Wilh. Mertens, Cleve, und ihren Filialen. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Arbeitervertreter rundweg ablehnten, auf das Verlangen der Fabrikanten einzugehen, die Differenzen in Rußland sollten bei der Verhandlung ausgeschaltet werden. Anders konnte nicht gehandelt werden, wenn kein Verrat geübt werden sollte. Eine Erledigung der Angelegenheit ist nur möglich, wenn sie gemeinsam alle Filialen umfaßt.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 29. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Noabiter Krawalle. — Das neueste Leben Jesu. Von R. Kautsky. — Ein Parteifongreg über den Kleingrundbesitz. Von Oda Oberg. — Die paritätische Arbeitsvermittlung in der Holzindustrie. Von Fritz Tarnow. — Literarische Rundschau: Ferdinand Reichsritter v. Panz, Die Hochschulpolitik Hohenblums und der österreichische Bauernstand. Von M. R. Karl Grünberg, Die Agrarverfassung und das Grundentlastungsproblem in Bosnien und der Herzegowina. Von J. Karsti. Dr. Ignaz Jollisch, Das Massenproblem unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Grundlagen der jüdischen Massenfrage. Von G. Eckstein. — Zeitschriftenchau.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Wahlrecht und Dreiklassenparlament. Herausgegeben von der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 1.50 Mark.

Briefkasten.

M. W. 1. Das ist verschieden und augenblicklich nicht festzustellen, weil die Arbeitsmethode verschieden ist. 2. Formarbeit ist vorwiegend. 3. Nicht billiger, wie hier. 4. Nein. 5. Arbeitsnachweise existieren in vielen größeren Orten.

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Vielen Kranken Gesundung

durch Trunkuren im Hause mit Ramscheider Stahlbrunnen, der von Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Liebreich als ein Heilguts ersten Ranges bezeichnet worden ist.

„Nachdem ich schon viele Jahre an Magenbrühen, Appetitlosigkeit, Aufstoßen, Sodbrennen, allgemeiner Nervenschwäche und in letzter Zeit an großer Mattigkeit und schlaflosen Nächten gelitten habe, machte ich einen Versuch mit dem mir empfohlenen Ramscheider Stahlbrunnen und war ganz erstaunt über die überraschenden Erfolge damit. Ich bin ein ganz anderer Mensch geworden, der Appetit ist sehr gut und alle meine Leiden sind vollständig verschwunden.“ — „Die bestellte Sendung Ramscheider Stahlbrunnen habe ich im Frühjahr erhalten und kann Ihnen nur mitteilen, daß derselbe wie ein Wunder auf meine langjährigen Magenbeschwerden, welche mich oftmals fast bis zur Verzweiflung getrieben haben, eingewirkt hat.“ — „Es freut mich, über den wunderbaren Heilstrahl, der sich glänzend bewährt hat, Mitteilungen machen zu können. Die Beschwerden sind verschwunden; Kräftigung des Körpers, Appetit und ruhigen Schlaf habe ich wieder erlangt. Ich kann nun wieder arbeitsfreudig in meinem Berufe wirken.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trunkuren im Hause warm empfohlen. Keine Verunsicherung. Ausführliche Mitteilung über Kurverfahren, Anwendungsgebiete und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 77.

Telephon 11358.

Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlen als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 220, 240, 250, 260, 280, 300, 340, 380, 410, 500 g.
Sumatra-Umblatt à 160, 175 g.
Vorstenland-Decker à 200, 250, 310, 320, 400, 500 g.
Java-Umblatt à 145, 150, 160, 170, 175, 180, 185 g.
Java-Einlage à 105, 110, 115, 120
Aufarbeiter à 125 g.
Felix-Decke, schneeweiß Brand, 220 g.
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 g.
Havanna, hochfeine Einl., à 270, 350 g.
Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 g.
Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 g.
Carmen-Einlage à 105, 110 g.
Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 g.
Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 g.
Mexiko San Andres à 450, 550 g.
Losgut, sehr blattig und gesund, à 100, 110 g.
Uckermärker à 92, 95, 100 g.

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Rechtsstaat und Klassenjustiz

von Dr. Karl Liebknecht.

Gegen Einförmigkeit von 25 Pfg. zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19. 21.

Der deutsche Bauernkrieg.

Von Friedrich Engels.
Prof. 1.50 Mk., gebund. 2 Mk. (Porto 10 g.).
Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Leistungsfähige Firma

in Aluminium-Zigarren- und Zigarettentouren und Verbind. mit soliden Engros-Häusern der gesamten Tabak-Industrie.
Gef. Offerten sind zu richten an Louis Klöckner, Erbach im Westerwald (Deutschland).

Id. Grus 30, 60, 90, stets da, präp. Blatt, ff. Ripp. 20. Gehalt: 2.50, 3.00, ff. amt. Einl. 1.00. Kemmler Nfg., Breslau 6.

Besonders empfehlenswert:

Vorstenland-Decke links, ganz hell, 2. Vollblatt 2.75
Deli. My/H/X v. 2. 3.25
Carmen-Umblatt Ia-Ia Ia 1.25
Havanna-Seedleaf sehr großblattig 1.35
ff. Bühlerthaler Umblatt 1.05
Edmund Lindenstädt
Berlin N., Brunnenstr. 16.

Rohtabak-Versandhaus H. Edling, Bremen

empfehlen folgende gute Tabake

zu niedrigen Preisen

Sumatra-Decker à 170, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 310, 320, 360, 410, 450, 500.
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 140, 150, 160, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300 g.
Java-Decker à 200, 220, 260 g.
Java-Umblatt à 125, 130, 140, 150, 160, 170.
Vorstenland-Decker à 200, 220, 230, 240, 280, 290, 300 g.
Vorstenland-Umblatt à 140, 150, 160, 170.
Brasil-Decker à 170, 180, 190, 200 g.
(4-5 Pfd. bedend, schneeweiß Brand).
Brasil-Einlage u. Umblatt à 115, 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160 g.
Mexiko-Decker à 200, 250, 300 g.
Mexiko-Umblatt à 120, 130, 140 g.
Havanna à 150, 160, 180, 200, 250, 300, 350.
Yara-Cuba à 150, 160, 180, 200 g.
Carmen (rein Umblatt) à 110, 120, 130 g.
Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100, 105 g.
Domingo (rein Umblatt) à 105, 110, 120 g.
Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100 g.
Losgut (rein überfeicht) à 90, 95 g.
Gemischte Original-Tabake (rein überfeicht) à 100, 110 g.
Geschnittene Brasil à 105, 110 g.
Geschnittene Java à 100, 110 g.
Preise verzollt per Pfund.
Versand unter Nachnahme.
Kredit bei Aufgabe guter Referenzen.

A. Plonsk & Co.

Berlin N.

192 Brunnenstr. 192.
Durch Gelegenheitskauf alter Tabake ist unser Lager in allen Sorten überfeicht.

== Roh-Tabake ==
wieder zu billigen Preisen reich sortiert.

Max Jacoby Berlin, Streilitzer Str. 52
Bekannt billige Preise. Roh-Tabak.

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50 Mk. — Java à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.— Mk. — Felix à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 Mk. — Dede à 2.20 Mk. — Domingo à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 Mk. — Carmen à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 Mk. — Mexiko-Decke à 3.60, 3.80, 4.50 Mk. — Einlage à 1.40 Mk. — Havanna à 2.60 u. 3.60 Mk. — Cuba à 2.50 Mk. — Prima Holländer Umblatt à 1.20 u. 1.25 Mk. — Elsässer à 98 g. — Uckermärker. Lose Blätter à 96 g., geschnitten à 1.05 u. 1.10 Mk. Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme. — Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Bernhard R. Müller Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Alttestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Roh-Tabak.

Empfehle zu bekannt billigen Preisen:

Sumatra-Deckbl., Braun 265 g.
Sumatra-Deckbl., hell, 3. Ränge 200, 250 g.
1. und 2. Ränge 320, 420 g.
Sumatra-Deckbl., Stückbl., 1. u. 2. Ränge, hell 200, 250 g.
Sumatra-Umbl. 155 g.
Java-Deckbl. 205 g.
Java, großes leichtes Vollbl. 150, 155, 165 g.
Java-Umblatt und Einlage 100 g., ganz leicht 115 g.
St. Felix-Brasil-Decker 190 g.
St. Felix-Brasil, Umblatt und Decker 140, 160 g.
St. Felix-Brasil, Einlage und Umblatt 125, 130 g.
Carmen, Einlage und Umblatt 95, 100 g.
grosstes Umblatt 110, 120 g.
Domingo-Umblatt 95, 100 g.
grosstes leichtbrennendes Umblatt 110 g.
Losgut, nur amerik. Tabake, 90, 95, 100 g.
Preise per Pfund verzollt, einschließl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme. — Kredit nach Uebereinkunft.

F. Reil, Bremen

Weizenkampstrasse 187.

Verlangen Sie

in Ihrem eigenen Interesse unsere soeben erschienene

Herbst - Preisliste.

Brinkmeier & Co.

Bremen.

Restaurant

verbunden mit Zigarrenfabrikation, nur Kassa-Kunden vorh., sofort billig zu verkaufen. Brauerei hilft mit 1000 Mark.

Zu erfragen bei Karl Rolke, Niddorf, Knefledstraße 24.

Roh-Tabak-Haus!

Post- u. Bahnversand zu Engrospreisen.

Empfehle als besonders vorteilhaft:

Sumatra, Vollblatt, II. Ränge, hell, tabelloser Brand 300 g.
Sumatra, Vollblatt, III. Ränge, hell, tabelloser Brand 280 g.
Vorstenland, Vollblatt, III. Ränge, Vintroller, tabelloser Brand 200 g.
Borneo, Stückblatt, II. Ränge, tabelloser Brand 140 g.
Brasil, Dec., tabellof. weiß, Brand 160 g.
Sumatra, Umblatt, leicht 135, 145, 150, 155, 160 g.
Java, Umblatt und Einlage 100, 110, 120, 130, 140, 150 g.
Seedleaf, Umblatt (feinstes Havanna u. Cornetico) 145, 150 g.
Domingo, Umblatt (Mocca F., zart u. sauer) 120, 130 g.
Losgut (nur ausländ. Tabak), leicht 100 g.

Karl Ramm, Altona a. Elb

jetzt Kronprinzenplatz 2.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog m. Empfehl. vial. Aerzien Prof. Dr. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Unserem Kollegen Ferdinand Hebbeln nebst Frau zu ihrem am 22. Oktober stattfindenden Hochzeitstisch die besten Glückwünsche.
Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Jhehor.

Todes-Anzeige.

Am 11. Oktober starb nach langen Leiden unser langjähriges Mitglied Frau Anna Korte geb. Barmer aus Besenkauf im Alter von 22 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Mitglieder der Zahlstelle Besenkauf.

Briefkasten.

Koll., Jhehor, 60 Pfg.

Arbeitskraft. Hiernach kommt für einen beschäftigungslosen Arbeiter noch nicht die Einnahmequelle in Fortfall, wenn er vorübergehend aus seiner Arbeitskraft keine Einnahmen zieht. Auf Grund dieser unbilligen Entscheidung wird der gesetzliche Anspruch auf Steuerermäßigungen bei Stellenlosigkeit bestritten. Die preussische Finanzverwaltung hat indessen den Grundsatz aufgestellt, daß die Steuer immer zu ermäßigen ist, wenn sich das Arbeitseinkommen durch längere Arbeitslosigkeit vermindert hat. Als Norm hierfür ist eine zehnwöchige, ununterbrochene Arbeitslosigkeit angenommen, durch die sich das Arbeitseinkommen um ein Fünftel des Jahresbetrags verringert. In diesen Fällen wird also grundsätzlich eine Steuerermäßigung zugestanden.

Wieder eine Wahl Niederlage der Christlichen. Bei den Wahlen zum Arbeiterausschuß für die städtischen Betriebe in Strahburg hielten sich die Christlichen trotz ihrer bekannten rüden Agitation eine schwere Niederlage. Von 550 Wahlberechtigten stimmten 473 ab. Gewählt wurde nach dem Proportionalssystem. Es waren 13 Kandidaten zu wählen. Die Christlichen konnten nur 8 Kandidaten stellen, und davon waren 4 noch nicht einmal organisiert. An den Wahlen in den Betrieben des Wasserwerks, des Schwimmbads, des Theaters, des Schlachthaus und des Straßenunterhalts konnten sie sich überhaupt nicht beteiligen. Für die Liste des freien Gemeindearbeiterverbands wurden 342 unabgeänderte und 54 abgeänderte Zettel abgegeben, für die Christlichen 23 unabgeänderte und 54 abgeänderte Zettel. Auf die Liste des freien Gemeindearbeiterverbands fielen insgesamt 5019, auf die christliche Liste 886 Stimmen. Die 13 Kandidaten des freien Verbands wurden gewählt. Die Christlichen erhielten keinen Vertreter. Diese Niederlage der Christlichen hat eine besondere Bedeutung. Nach der für die Sozialdemokratie unglücklich ausgefallenen Gemeinderatswahl im Jahre 1908, wo wir alle Sitze im Gemeinderat verloren, während das Zentrum im Kompromiß mit den Liberalen 12 Sitze neben 24 Liberalen erhielt, hielten die M.-Gladbacher Arbeiterjesuiten ihre Zeit für gekommen. In ihrer Ueberhöhung setzten sie es mit Hilfe des bürgerlichen Gemeinderats durch, daß zu den Arbeiterausschüßwahlen das Proportionalwahlssystem eingeführt wurde. Und nun diese eklatante Niederlage.

Arbeitslos werden und krank melden, ist eine sehr häufige Erscheinung, die leider nur allzu oft zu allerlei Verdächtigungen Anlaß bietet. Von einem ganz erheblichen Prozentsatz der Beschäftigten kann jedoch ohne weiteres behauptet werden, daß sie jeder einseitige Arzt erwerbsunfähig krank schreiben würde, oder sie zum mindesten dringend der ärztlichen Behandlung bedürfen, um langwierige Krankheiten und Siechtum von sich zu halten. Durch die jammervollen wirtschaftlichen Verhältnisse sind sie jedoch gezwungen, so lange ihre Kräfte bis zum äußersten anzupressen, bis sie — worauf sie oft nicht allzu lange warten brauchen — wieder mal zu dem immer größer werdenden Heer der Arbeitslosen ausgestoßen werden. Selbstverständlich ergreifen sie nun die Gelegenheit gerne, um ihre mehr oder weniger zerrüttete Gesundheit wieder herzustellen. Dabei macht ihnen aber oft ihre Gesehenskenntnis einen argen Strich durch die Rechnung. Denn nach dem Gesetz verlieren die Mitglieder ihre Rechte an die Krankenkasse in dem Augenblick, wo sie entlassen wurden. Wer also vorher weiß, daß er entlassen wird und sich krank fühlt, trete vor seiner Entlassung bei einem Kassenaar in Behandlung. Da aber in den meisten Fällen die Beschäftigten erst in letzter Stunde ihre Entlassung erfahren, vor derselben sich also nicht mehr krank melden können, so empfehlen wir ihnen dringend, sich zunächst bei ihrer Kasse als Selbstzahler zu melden, und zwar innerhalb 8 Tagen schriftlich oder mündlich. Erst nachdem dies geschehen, haben sie ohne weiteres dieselben Ansprüche an die Kasse, als ob sie noch in Arbeit ständen, und können sich dann erst einen Krankenschein geben lassen, der ihnen dann nicht vorenthalten werden darf. Man merke sich also: Niemals krank melden, nachdem man entlassen wurde, bevor man sich nicht als Selbstzahler bei der Kasse gemeldet hat; und weiter: niemals die Arbeit aufgeben, wenn man sich krank fühlt und dann erst krank melden, sondern erst sich krank melden und dann kann man event. immer noch sich die Papiere geben lassen.

An die Kollegen und Kolleginnen im Kochgrund und Freigericht.

Ihr habt es erfahren, daß auch bei euch die Folgen der Tabaksteuer ihren Einzug gehalten haben, deshalb legt euch einmal die Frage vor: Warum sollen denn immer die Tabakarbeiter bluten? Weshalb zieht man die Herren mit ihren riesenhaften Einkommen nicht besser zu den Steuern heran?

Die Antwort ist leicht. Weil die großen Herren die Mehrheit haben im deutschen Reichstag, weil Zentrum, Polen Antisemiten und Konfessionisten die Interessen der kleinen Leute mit Füßen treten. Deshalb sagt euch los von diesen Parteien. Gerade die Tabakarbeiter im Kochgrund und Freigericht lassen sich von allen übrigen Berufs am meisten noch von jenen Parteien ins Schlepptau nehmen, von diesen schwarzen Volksbeutungs, welche vor der Wahl erklärten, gegen jede indirekte Steuer stimmen zu wollen, aber nach der Wahl für alle Steuern stimmten.

Und wie steht es mit den Löhnen? Ihr wißt es, daß die Löhne viel zu gering sind. Müßten doch die verheirateten Frauen als Hausarbeitsfrauen bis nach Mitternacht am Holbrett sitzen und so ihre Gesundheit ruinieren. Krankheit, Siechtum und früher Tod sind die Folgen dieser Ueberanstrengung. Ist dieses Leben noch ein menschliches zu nennen, wenn man Tag für Tag 16 bis 18 Stunden schaffen muß, wenn keine Zeit zur Erholung und Zerstreuung mehr übrig ist? Ist es nötig, daß die armen Frauen ein solches Jammerleben führen müssen? Nein und tausendmal nein! Es ist nicht nötig, daß die Kapitalisten euch so schlechten Lohn zahlen und für sich selbst Riesengewinne einheimen.

Besserer Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit muß eure Forderung sein! Schließt euch deshalb alle dem Deutschen Tabakarbeiterverband an. Ohne Organisation geht es in der heutigen ersten und bewegten Zeit nicht mehr. Deshalb legt eure Gleichgültigkeit ab und stellt euch in Reih und Glied mit euren kämpfenden Kollegen und Kolleginnen. Sorgt für Verbreitung dieser Zeitung

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Geld-, Einschreibe- und Wertsendungen nur an W. Niederwiesland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eillen, Altona-Ottensen, Hoheneich 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikkarte betreffs Arbeitslosigkeit für die Woche vom 17. bis 22. Oktober d. J. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 25. Oktober, eingeleitet werden. Die Mitgliederzahl am Schlusse des 3. Quartals 1910 ist nunmehr anzugeben.

Die Adresse anzugeben wird ersucht: Von den Zigarrenmachern Herrn. Kienast aus Sonnenburg, geb. am 3. 10. 68, aufgen. am 29. 6. 09, Al. III, S. II, Nr. 14636. Venatius Gembalski aus Kröben, geb. am 18. 5. 71, aufgen. am 24. 7. 98, Al. VI, S. II, Nr. 7882. B. Gembalski hat auf einer auf S. Kienast lautenden Wanderkarte, die in Frankfurt a. O. am 13. 9. ausgestellt worden ist, in Woltersdorf für 2 Tage 2 Mk. und in Schwerin a. B. für 2 Tage 2 Mk., zusammen 4 Mk. Arbeitslosenunterstützung erhoben. Das unberechtigte Abheben von Unterstützung wurde festgestellt, als der Inhaber der Wanderkarte in Jülichau den Versuch machte und die Stirn dazu besaß, für 6 Tage Arbeitslosenunterstützung zu verlangen. Gembalski wurde erkannt als der nicht rechtmäßige Eigentümer der Wanderkarte. Auf die Vorhaltung dieses Betruges und auf die Weigerung von Auszahlung der Unterstützung verschwand der Entlarvte. Wie uns in derselben Angelegenheit weiter mitgeteilt wird, ist G. auch im Besitze von Legitimationen des Holzarbeiter-Verbandes. Es ist demnach anzunehmen, daß G. die Wanderkarte dem Mitgliede Kienast entwendet hat und daß er mit Legitimationen anderer Verbände, die er in seinem Besitz zu bringen wußte, ein lukratives Geschäft betreibt und die Gewerkschaften brandstiftet. Man verweigere jedwede Unterstützung und verführe ihm die Bücher oder sonstigen gewerkschaftlichen Legitimationen abzunehmen und einzufenden. Entweder handelt es sich hier um eine von Kienast verlorene oder ihm gestohlene Wanderkarte. Das Mitgliedsbuch des Gembalski konfiszierte man und sende es mit ein.

Als verloren wurde gemeldet: Von Zeuchern die Wanderkarte, S. II, Nr. 11578, lautend auf Anton Jenner aus Geseß, aufgen. am 19. 3. 10. Auf die Wanderkarte soll nur 1 Mk. Arbeitslosenunterstützung erhoben sein. Von Bischofswerda das Mitgliedsbuch, S. I, Nr. 30799, lautend auf Franz Zschörner aus Albersdorf, geb. am 4. 1. 85, aufgen. am 31. 3. 06, Al. IV. Von Spremberg das Mitgliedsbuch, S. II, Nr. 10968, lautend auf Ernst Neumann aus Neumarkt, aufgen. am 1. 8. 87. Beide Bücher sind im Vorzeigungsstadium zu konfiszieren und einzufenden.

Abrechnungen für das 3. Quartal 1910

gingen in der Zeit vom 11. bis 17. Oktober bei uns ein: Vom 1. Gau: Segeberg, Barmbed, Hamburg, Elmshorn, Neßlingen, Blankenese-Dosenhuden; 2. Gau: Achim, Burgdamm, Bremen I; 3. Gau: Braunschweig, Seesen, Neundorf, Hildesheim, Helmstedt, Groß-Abblen, Herrhausen, Goslar, Genthin, St. Andreasberg, Celle, Wolfenbüttel, Delfau, Clausdal, Zerbst, Stendal, Halberstadt; 4. Gau: Oberode, Frankenhäusen, Cölleda, Nordheim, Nordhausen, Münden, Rotenburg; 5. Gau: Brate i. L., Lemgo, Löwenstein-Thal, Langenreier; 6. Gau: Dröben, Lügernburg, Emmerich, Goch, Köln, Nachen, Düsseldorf; 7. Gau: Froshausen, Heppenheim, Groß-Auheim, Klein-Auheim; 8. Gau: Neulufheim, Eggersheim, Reders, Ralferslautern, Gochdorf, Gochenheim, Seddenheim, Speyer, Mannheim, Aulösch; 9. Gau: Heidenheim, Gengenbach, Offenbach; 10. Gau: Naumburg, Wintersdorf, Weisenfels; 11. Gau: Frankenberg, Venig, Bischofswerda, Grimma, Neugersdorf, Froshburg, Ebbau, Kreisch; 12. Gau: Ohlau, Jauer, Ratibor, Järschau, Neumarkt, Ranth, Muskau; 13. Gau: Züllichau, Järsenwalde, Zoffen, Woltersdorf, Belten, Schwedt a. O., Spremberg, Wittenberge.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 11. bis 17. Oktober 1910 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
10. Oktober.	
Seesen	180.—
10. Neundorf	37.82
10. Venig	70.—
10. Hildesheim	100.—
10. Altmorschen	41.—
10. Wittenberge	40.—
10. Froshausen	68.89
10. Helmstedt	44.62
10. Dröben a. Rh.	100.—
10. Riebschütz	300.—
10. Emmendingen	80.—
11. Barmbed	100.—
11. Frankenhäusen	230.—
11. Oberode	40.—
11. Klein-Auheim	55.92
11. Lügernburg	100.—
11. Emmerich	200.—
11. Trebbin	200.—
11. Heppenheim	215.—
11. Gochdorf	70.—
11. Zoffen	70.—
11. Oktober. Ergeben	—70
B. Für Annoncen:	
15. Oktober. Ergeben	—70

Einige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen. Bremen, den 17. Oktober 1910. W. Niederwiesland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Brud b. Erlangen: Frau Helene Gemmel als Kontrollleurin. Für Altenbruch: Joh. Krönke als 1. Bev., Karl Oberländer als 2. Bev., Fritz Altermüssen als 3. Bev.; W. Krönke, Arnold Bodder, Peter Wadels als Kontrollleure. Für Glückstadt i. Schleswig-Holstein: Heinrich Ehrich als 1. Bev., Joh. Sprenger als 2. Bev., Heint. Tormählen als

3. Bev.; Karl Reiche, Joh. Koopmann, Gust. Schäfer als Kontrollleure. Für Hochdorf: Ludwig Besser als 2. Bev. Für Jhehoe: Franz Jakob als 3. Bev. Für Leimen: Philipp Kalbrunner als 1. Bev., Mich. Ebner als 2. Bev. Für Spremberg: Alexander Hoffmann als 1. Bev., Ernst Kern als 2. Bev., Karl Mettig als 3. Bev.; Herm. Budig, Mich. Lucas, Eina Schönrock als Kontrollleure. Für Werl i. Westfalen: Kaspar Schneider als Kontrollleur. Für Woltersdorf: Karl Jaström als 1. Bev., Otto Hermann als 2. Bev., Reinhold Schmidt als 3. Bev.; Otto Pinke, Heinrich Boh, Otto Hoffmann als Kontrollleure.

Adressen-Händerungen:

Für Altenbruch: Der 1. Bev. Joh. Krönke wohnt Lange Straße 77. Für Berlin: Der 1. Bev. Ludw. Walter wohnt Berlin N. 37, Weihenburger Straße 71, Seitensügel II. Für Celle: Der 1. Bev. August Hoffmann wohnt jetzt Schulstraße 7, I. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags und Sonntags von 9 bis 10 Uhr vormittags. Für Glückstadt i. Schleswig-Holstein: Der 1. Bev. Heinrich Ehrich wohnt Kirchhoffstraße 9. — Der 2. Bev. Joh. Sprenger wohnt Rhinstraße 12. Für Hamburg: Der 1. Bev. W. Sander wohnt jetzt Pferdemarkt 60, Haus 8, III. Für Heidebrunn: Der 1. Bev. Joh. Hammer wohnt Bachhausplatz 2. Für Hildesheim: Der 1. Bev. Wilh. Marahrens wohnt jetzt Bördre Brühl, Hinterhaus 9. Für Leimen: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Philipp Kalbrunner zu richten. Für Muskau: Der 1. Bev. Max Föbe wohnt Fortnernerweg 254e. Für Röhwein: Der 1. Bev. Hermann Findeisen wohnt Kirchstraße 6. Für Schmolln (S.-A.): Der 1. Bev. Paul Grobe wohnt jetzt Ronneburger Straße 6. Für Schönhausen a. G.: Der 1. Bev. Karl Reichefeld wohnt jetzt Trübenstraße 3. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten. Für Woltersdorf: Der 1. Bev. Karl Jaström wohnt Linden-Allee 1. Für Zwickau: Der 1. Bev. Erich Mödel wohnt in Oberplanitz bei Zwickau, Hohe Straße 255f.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!) In Lützen (N.-L.): Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, bei Franz Curran, Sternstraße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Das Erscheinen aller ist Pflicht. Die Ortsverwaltung. In Hildesheim: Sonntag, den 23. Oktober, abends 6 Uhr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Abrechnung der freiwilligen Beiträge. 3. Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung. In Lannenberg: Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Konsum-Restaurant. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung. In Lemgo: Montag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Rohrmann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung. In Waldheim: Montag, den 24. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, im Schweizerhof. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Fleiß, Not und Tabakarbeiterelend. 2. Agitation. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes. — Allseitiges Erscheinen der Mitglieder ist entgegengesetzt. Die Ortsverwaltung. In Bielefeld: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Hannemann, Weidenstraße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — G. A.: Der Bevollmächtigte. In Scharmbed: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Zentralhalle. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht J. A.: Der Bevollmächtigte. In Spenge: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Schröder. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Die Konferenz in Bünde. 3. Sonstige Mitteilungen. — Zahlreiches Erscheinen ist entgegengesetzt. Die Ortsverwaltung. In Moio: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei H. Zeigeler. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es wünschenswert, daß auch diejenigen Mitglieder erscheinen, welche sonst stets durch Abwesenheit glänzen. NB. Die Kontrollleure werden ersucht, am Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 10 Uhr, zur Prüfung der Abrechnung vom 3. Quartal beim 2. Bevollmächtigten zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Celle. Arbeitslosenunterstützung an durchreisende Kollegen wird nicht ausbezahlt. — Das Ausrufenlassen von der Fabrik ist unter allen Umständen zu unterlassen.

Järschau. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird nur Sonntags von 8 bis 9 Uhr vormittags ausbezahlt.

Liegnik. Verbandsunterstützung wird an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends sowie an Sonntagen von 9 bis 12 Uhr mittags durch Paul Jelligebel, Zigarrenmacher, Neue Charchausstraße 37, II., ausbezahlt.

Oberode. Für Durchreisende! Die Herberge befindet sich nach wie vor bei Karl Hagborn, Hellhoffstraße.

Zeuchern. Arbeitslosenunterstützung wird an Durchreisende nicht mehr ausbezahlt.

Berden a. A. Der Arbeitsnachweis befindet sich Große Fischerstraße 13. Das Ausrufenlassen in den Fabriken ist streng verboten.

Woltersdorf. Sonntag, den 28. Oktober, begeht hiesige Zahlstelle ihr 25jähriges Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Ball, humoristischen Gesangs- und Verlosung. Die nach hier zahlenden Mitglieder sind freundlichst eingeladen. Das Komitee.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsführer: Hamburg-Uhlenhorst, Mozartstraße 5, I. Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22. Schiedsgericht: L. Dehand, Berlin N., Aufsehlstraße 24.

Eingegangen: Barmbed 250.—, Emmendingen 50.—, Pölzig 50.—, Rawitz 70.—, Fußgönheim 80.— Mk. Sterbekasse: Herford 17.00, Neulufheim 81.68, Bremen 17.40, Rawitz 12.85, Pöfstedt 4.50, Barmbed 93.23, Ansbach 10.86 Mk.

Zuschüsse: Mündenheim 31.75, Ansbach 50.— Mk. Krankengeld: 27.— Mk. Hamburg, den 17. Oktober 1910. P. Otto.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Beachten Sie in Ihrem eigenen Interesse den der heutigen Nummer beiliegenden

H Rohtabak-Katalog

in welchem die letzten
direkten Käufe bei den Einschreibungen
bereits verzeichnet sind!

Beordern Sie sofort Proben!
Bestellkarte ist im Katalog enthalten!

Neuester Katalog von **Heinrich Franck, Berlin**, liegt heutiger Nummer bei.

Beordern Sie
in Ihrem eigenen
Interesse sofort
Proben!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
== Brunnen-
Strasse 185

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt III, 4352.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker 185, 210, 220, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 460, 500 δ
Sumatra-Umblatt (Rollblatt) 155, 180 δ . **Java- und Vorstenland-**
Decker 220, 240, 250, 260, 270, 300, 320 δ . **Mexiko-Decker**, enorm
bedäftig und zartblättrig, allerfeinste Gewächse und schneeweiss im Brand,
300, 350, 400, 430 δ . **Mexiko-Umblatt** 150 δ . **Java-Umblatt** 130,
155, 160 δ . **Java-Umblatt und Einlage** 95, 105, 110 δ . **St. Felix-**
Brasil-Decker 190, 215 δ , deckt mit 4 Pfund, brennt schneeweiss, egale
braune Farben. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 160, 170 δ . **St. Felix-**
Brasil-Umblatt und Einlage 120, 140, 150 δ . **Domingo-Umblatt**
90, 95, 100, 110, 120 δ . **Carmen-Umblatt** 100, 105, 110, 120 δ . **Seed-**
leaf-Umblatt 110, 120 δ . **Portorico-Decker**, brennt schneeweiss
130 δ . **Einlage** 100 δ . **Havanna-Einlage** 200, 250, 300 δ . **Yara-**
Cuba 200, 220 δ . **Losgut** aus nur überfeinsten Originaltabaken, meist
Umblatt, 100, 105, 110 δ .

Wickelformen neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150 δ .
Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, be-
sonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 $\mathcal{M}$. **Gummi-**
Tragant, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfund 250 δ , bei Ab-
nahme von Postfakti à 9 $\mathcal{M}$ Pfund netto à 240 δ . **Zigarrenband**, feinste
gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Meter-Rolle 160 δ .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Java-Sumatra linkschell per Pfund 2.70 $\mathcal{M}$
Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60 $\mathcal{M}$
Diese Tabake brennen tadelloß und
decken mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.
Rottbuscher Strasse 4.

Geben eingetroffen!
Ca. 3000 gebrauchte Formen
in nur modernen Fassons.
Man verlange sofort Offerte mit
Abbildungen.
L. Cohn & Co.
Berlin N., Brunnenstrasse 24.
Deutschlands grösstes Wickel-
formenslager.

Brinkmeier & Co.
Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle
empfehlen als gut und sehr preiswert
Sumatra-Decker 180, 215, 220, 240, 250,
300, 340, 350, 400, 425, 550 δ .
Sumatra-Umblatt 160, 170, 180 δ .
Java-Vorstenland-Decker 180, 200,
230, 240, 330, 340 δ .
Java-Umblatt 130, 135, 145, 150, 160,
170, 180 δ .
Java-Einlagen 100, 105, 110 δ .
Brasil-Decker 200, 220, 240 δ (4-5 Pf. bedend, vorzüglicher Brand).
Brasil-Umblatt und Einlage 120, 135,
140, 150, 160, 170 δ .
Domingo-Umblatt und Einlagen 100,
110, 115, 120, 135 δ , nur wirklich
gute Qualitäten, trocken.
Carmen-Umblatt und Einlagen 100, 110,
115, 120, 125, 130 δ .
Seedleaf 145, 155 δ , sehr feines, mittel-
kräftiges, zartes Umblatt.
Mexiko-Decker 250 δ , braun, kolossal
bedäftig.
Havanna-Einlagen 170, 180, 275 δ , feine
Qualitäten.
Yara Cuba 190, sehr feine, kernige
Einlage.
Losgut 95, 100, 105 δ , kolossal blättrig,
trocken u. kerngesund, meist Umblatt,
sehr preiswert.
Kentucky 130, 150, 160, 170, 180 δ .
Virgin-Umblatt und Deckblatt für
Österreicher u. Brissago 160-180 δ .
Geschlittene Einlage (Java mit Brasil)
110 δ .

Versand unter Nachnahme.
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Kein Interessent
versäume unsere Preisliste 23 u. Wickelformbogen einzufordern.

Wir liefern
Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formenpressen
Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier
und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu
und gebraucht, in unerreichter Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Wer Geld sparen will
bezieht seine Rohtabake und Utensilien aus erster Quelle von uns!
L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstrasse 24.
Grösstes Lager in gebrauchten Utensilien.
Deutschlands grösstes Fabrik- und Handelsgeschäft
der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Hermeking & Boy
Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183
Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl
hellfarb. Stüdblatt 350, 400, 440 δ ,
hellfarb. Rollblatt à 300, 325, 350, 375,
425, 470, 475, 600 δ
mattfarbiges Sandblatt à 325 u. 350 δ
mittelfarbiges Rollblatt à 250, 260,
280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500 δ
fein. Rollbl. à 180, 190, 200, 230 δ fast
Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350 δ
Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 δ
Java 110, 115, 120, 125, 145, 170, 180 δ
Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300 δ
Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200 δ
Brasil-Decke à 300, 350 δ
Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160
Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 δ
Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400 δ
Havanna in Mel. à 300, 350, lose à 200 δ
Losgut gesund, Umbl. u. Einlage 100 δ
Uckermärker la 100 δ

Sumatra schönes hellfarbiges Stüdblatt, groß-
artiger Brand, große Deckkraft
Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kasse mit 3 Prozent Skonto.

Licht ist Macht oder: Wie schütze ich mich vor
zu starkem Familienzuwachs?
Zu beziehen gegen Einsendung von 35 Pfg. in Briefmarken portofrei
durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Rohtabake

Besonders
empfehlenswert
Nr. 6694

Sumatra

2. Länge Vollblatt
à Pfd. 2.50 $\mathcal{M}$ verzollt.

Geschn. Java-Einlage
à Pfd. 1.20 $\mathcal{M}$ verzollt.

Geschn. Brasil-Einlage
à Pfd. 1.20 $\mathcal{M}$ verzollt
gute Qualität.

Sumatra-Umblatt

3. Länge Vollblatt
Nr. 6198 à Pfd. 1.60 $\mathcal{M}$
verzollt.

Java-Umblätter von
1.25-1.80 $\mathcal{M}$ p. Pfd. verz.

Fabrikations-Utensilien

Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen
do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager.
Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen,
8, 16, 19 $\mathcal{M}$, ganz aus Eisen 17.50 $\mathcal{M}$
Arbeitsstische, Schemel, aus bestem Holz, neu-
und gebraucht, billigst
Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50 $\mathcal{M}$ an
Arbeitsmesser in unerreichter Güte
Hamburger Messer per 10 Stück 2 $\mathcal{M}$
la. Engl. sec. Amlac-Extrakt 2 1/2 Pfd.-Dose 4.75 $\mathcal{M}$
Pa. Tragant 2 1/2 Pfd. 3 $\mathcal{M}$ per 1/2 kg
Bündelmaschinen 75, 85 δ , 1.25, 1.50 $\mathcal{M}$ usw.
Presskästen zu 2 Bund 80 δ , zu 4 Bund 1.25 $\mathcal{M}$
Einschlagpapier, blau, per Pfund 17 δ
Packlack per Pfund 25 δ
Kisten aus Pappe per 100 Stück 5.60 $\mathcal{M}$
Ringe, geprägte, 20, 25, 30, 35 δ per 100 Stück
Band, 50 Meter von 50 δ an
Etiketten per 100 Stück von 30 δ an

Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10 $\mathcal{M}$ an
Man verlange Preisbuch 25. $\mathcal{M}$

Wiesbadener Volksbücher. Preis pro Bändchen 10 bis 30 Pfg.
Verzeichnisse umsonst.

Zu beziehen durch die **Exp. d. Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.**

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstrasse 51. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.